Ältere Genossen berichten aus der Zeit des Hitlerfaschismus Seite 6

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 4 vom 27. Januar 1978 | 12. Jahrgang | 50 Pfennig

30. Januar:
Heraus zum Kampftag gegen Reaktion und Faschismus!

Arbeiter, Werktätige, Antifaschisten!

Vor 45 Jahren, am 30. Januar 1933, ergriffen Hitler und die Nazipartei die Macht. Über Deutschland senkte sich die Nacht des Faschismus. Die Faschisten, hinter denen als die wirklichen Herrscher des „Tausendjährigen Reiches" die deutschen Finanzkapitalisten standen, brachten unermeßliches Leid über unser Volk und die Völker Europas. Mit dem 30. Januar 1933 begann die nackte, faschistische Terrorherrschaft. In den Folterkellern der Gestapo und den KZs wurden Millionen hingemordet. Auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkrieges starben über 55 Millionen Menschen — geopfert für den Traum der deutschen Kapitalisten, die ganze Welt zu erobern.

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg! Das hat sich das deutsche Volk 1945 geschworen. Aber heute, 45 Jahre nach dem 30. Januar 1933, herrscht drüben in der DDR bereits eine faschistische Diktatur — die unverschämterweise als Sozialismus ausgegeben wird — und hier bei uns nimmt Bonn Kurs auf ein neues '33.

Heute sind es die angeblich demokratischen Bonner Parteien SPD, FDP, CDU und CSU, die den Faschismus vorbereiten. Und wie damals hinter Hitler stehen hinter ihnen heute die deutschen Finanzkapitalisten — die Herren über Banken, Fabriken und Bergwerke. Die von Helmut Schmidt bis Franz Josef Strauß vielbeschworene „Solidarität der Demokraten", die „Verteidigung des Rechtsstaats" und der angeblich „freiheitlich-demokratischen Grundordnung" — das sind die verlogenen Parolen, unter deren Deckmantel heute Zug um Zug, Schritt für Schritt die noch verbliebenen Freiheiten abgebaut werden. „Kampf gegen den Terrorismus", unter diesem Vorwand wurden die Schleusen zur Pogromhetze gegen alles was links und fortschrittlich und antifaschistisch ist, geöffnet, ist eine Hetzkampagne in Gang gesetzt worden, die Goebbels vor Neid erblassen lassen würde.

Das ist das Klima, in dem im Bundestag eine Flut reaktionärer Gesetze durchgepeitscht wurde und durchgepeitscht wird. Wir erleben den Polizeistaat in Aktion. Über 500 Menschen hat die Polizei in den letzten Jahren erschossen und erschlagen. Viele von ihnen waren völlig unbewaffnet und wurden aus nächster Nähe abgeknallt. Razzien und Verkehrskontrollen mit vorgehaltener Maschinenpistole sind an der Tagesordnung. Bei Streiks und Demonstrationen üben Polizei und Bundesgrenzschutz den Bürgerkrieg. In den Computern des Bundeskriminalamtes sind die Daten von Millionen von Bürgern gespeichert. Tausende von Lehrern haben Berufsverbot, weil sie im Verdacht stehen, Revolutionäre oder Kommunisten zu sein.

Wer sich das nicht gefallen läßt, wer die Dinge beim Namen nennt, wer als Antifaschist und Kommunist zum Kampf gegen die drohende Gefahr des Faschismus aufruft, wird vor politische Sondergerichte gezerrt und läuft Gefahr, ins Gefängnis gesperrt zu werden. Offen und unverhüllt wird dagegen der Hitlerfaschismus rehabilitiert, können die alten und die neuen Nazis unter dem Schutz und mit Förderung des Bonner Staates immer frecher auftreten. Gegen die KPD/ML und andere Organisationen wird dagegen das Verbot beantragt.

Das ist das wahre Gesicht der deutschen Bundesrepublik. Der Bonner Staat gehört neben Spanien zu den reaktionärsten in Westeuropa.



Die Propaganda der Partei zum Kampftag gegen Reaktion und Faschismus stieß auch bei der Wittener Bevölkerung auf großes Interesse.

Arbeiter, Werktätige, Antifaschisten!

Der Angriff geht gegen euch. Unsere Partei ruft euch deshalb auf:

Demonstriert am 30. Januar eure Entschlossenheit, Reaktion und Faschismus niederzuschlagen, ein neues '33 zu verhindern. Beteiligt euch an den Fackeldemonstrationen der KPD/ML.

Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk!

Regierungserklärung
Die Werktätigen sollen zahlen

„Es geht uns besser als vor 12 Monaten." Mit dieser dreisten Lüge versuchte Bundeskanzler Schmidt in seiner Regierungserklärung darüber hinwegzutäuschen, daß die Regierung die Werktätigen im letzten Jahr noch mehr ausgeplündert, noch mehr unterdrückt, noch mehr in ihren sozialen Rechten eingeschränkt hat. Lohnraub, Entlassungen, viele Jugendliche ohne Arbeit, Verschlechterung der Krankenversorgung, Demontage der Renten — das ist die Bilanz, die die Arbeiter vom letzten Jahr ziehen. Und sie werden der Regierung diese Bilanz noch präsentieren, das zeigt die wachsende Kampfbereitschaft der Kollegen.

Was hat dieser Kanzler noch Anfang des letzten Jahres getönt: Er werde die Zahl der Arbeitslosen herunterschrauben, Wiederherstellung und Sicherung der Vollbeschäftigung sei sein höchstes Ziel. Und heute haben wir immer noch ebenso viel Arbeitslose wie vorher. Offiziell weit über eine Million. Nicht gerechnet die 500.000 ausländischen Arbeiter, die abgeschoben wurden, die Jugendlichen, die in den Haushalt abgedrängten Arbeiterinnen, die unter Sozialhilfe registrierten Dauerarbeitslosen, die in dieser Statistik erst gar nicht auftauchen. Mit vier Millionen Arbeitslosen in den 80er Jahren rechnen selbst kapitalistische Wirtschaftsinstitute.

Fortsetzung auf Seite 2

Innenminister plant Straßenterror
Alle Ampeln auf Rot!

Feierabend. Zigtausende setzen sich ins Auto, um nach Hause zu fahren! Plötzlich heulen Sirenen. Verkehrsampeln springen auf Rot. Manche blinken gelb. Straßenbahnen und Taxis blockieren die Kreuzungen. Die ersten Unfälle. Die Stadt dröhnt von einem gellenden Hupkonzert. Manche Autofahrer versuchen auszuscheren. Sie stoßen mit Polizeiautos zusammen, die wie wild an den Autoschlangen vorbeijagen, auch über Fußwege. Die Fußgänger retten sich in Hauseingänge. Vollkommen eingekeilt einige Krankenwagen, sie können nicht mehr weiter. Die ersten Toten. Im Krankenwagen gestorben, bei Auffahrunfällen oder von der Polizei niedergestreckt, die jeden verfolgt, der sich im Auto weiterbewegt.

Ein Horror-Film, der Wunschtraum eines Wahnsinnigen? Nein — dieses geplante Verkehrschaos, diese Jagd auf jeden Autofahrer, der es wagt, weiterzufahren, ist bereits seit dem 22. November 1977 Beschluß des Innenministers von NRW für den Fall, daß „terroristische Anschläge" in einer Stadt bekannt geworden sind. Die Polizeibehörden sind schon informiert; das Stichwort für die Auslösung des Straßenterrors ist

Fortsetzung auf Seite 2

Demonstriert am 30. Januar gegen Reaktion und Faschismus!

Kommt zu den Fackelzügen:

Bielefeld: 18 Uhr, Stresemannstr., Kundgebung 19 Uhr, Siegfriedsplatz

Bremen: 17.30 Uhr, Bremen-Neustadt, Delmemarkt

Düsseldorf: 19 Uhr, Düsseldorf-Reisholz, Fürstenbergerstr., Nähe S-Bahnhof

Frankfurt: 19 Uhr, Langobardenweg/Ecke Chattenweg

Hamburg: 17.30 Uhr, S-Bahn Holstenstraße (Hinterausgang)

Hannover: 18 Uhr, Hannover-Linden, Schwarzer Bär

Herne: 18.30 Uhr, Isederstr./Höhe Friedrich der Große, Abschlußkundgebung: 19.15 Uhr, Langforthstr.

Kassel: 18.30 Uhr, ab Mattenberg, Unter dem Riedweg/Ecke Waldmannstr.

Kiel: 18 Uhr, Vinetaplatz

München: 18 Uhr, Giesinger Bahnhofsplatz

Nürnberg: 18 Uhr, Nürnberg-Langwasser, vor U-Bahn Gemeinschaftshaus

Stuttgart: 18.30 Uhr, Stuttgart-Ost, Kniebisstraße/Strombergstr. (Buslinie 40 vom Hbhf.)

Westberlin: 17 Uhr, Schererstr. 10

Veranstaltungen zum 30. Januar: Siehe S. 7

AUS DEM INHALT

Zur VIII. Kunstausstellung der DDR . 3
Wohnungsbau in der DDR: Auf dem Rücken der Werktätigen 3
Streik bei Hoesch 4
Streikwelle in der Druckindustrie 4
Die Hafenarbeiter sind streikbereit ... 4
Betriebsratswahl: DKP hetzt gegen revolutionäre Listen 5
Gegen Faschismus hilft nur Gewalt .. 6
1. Liederfest in der „Jarrestadt" in Hamburg 8
Januar im Bild 9
Fifa-Bosse huldigen der argentinischen Militärdiktatur 10
Italien: Die Revisionisten wollen an die Macht 10
Revolutionäre Gewerkschaft der spanischen Arbeiter gegründet 11

Poullain und kein Ende

Während im Skandal um den korrupten Bankchef Poullain der NRW-Finanzminister Halstenberg seinen Hut nehmen mußte, wurde jetzt ein Gerichtsverfahren bekannt, das ein bezeichnendes Licht auf diese Affäre wirft. Ein gewisser A. T. aus Recklinghausen hatte vor Jahren eine Eingabe an den Petitionsausschuß des Düsseldorfer Landtags gemacht, in der er Poullain als „charakterlich dubios" bezeichnete.

Die Antwort kam postwendend: ein Strafbefehl über 600 Mark. Weil sich der Mann weigerte zu zahlen, entwickelte sich ein längerer Rechtsstreit, in dem schließlich auch Poullain selbst als Nebenkläger auftrat. Jetzt allerdings wurde plötzlich das Verfahren eingestellt. Warum wohl? Inzwischen pfiffen es die Spatzen von den Dächern: Der Bankboß hatte sich eine runde Million an Bestechungsgeldern in die Tasche gesteckt, und die NRW-Regierung hatte davon gewußt.

Die Herren in den Chefetagen der Banken und Konzerne und in den Dienstzimmern der Ministerien unternehmen alles, um ihre schmutzigen Geschäfte zu vertuschen. Wehe, wenn ein einfacher Werktätiger mal diese Geschäfte beim Namen nennt, und sei es noch so harmlos wie jener A. T. Oder wenn gar eine kommunistische Zeitung wie der „Rote Morgen" diesen Korruptionssumpf aufdeckt und als eine typische Erscheinung des kapitalistischen Systems entlarvt. Dann hagelt es Beleidigungsprozesse.

Ist aber ein solcher Skandal nicht mehr zu vertuschen, dann geben sich — wie jetzt in Düsseldorf — die Herren Minister „moralisch entrüstet", obwohl sie selbst bis zum Hals mit im Korruptionssumpf stecken.

Maßlos in ihrer Gier!

Die Sorge um die Nation scheint sie fast zu Boden zu drücken, die Herren Abgeordneten in Bonn, Düsseldorf, Hannover und anderswo, wenn sie auf den Rednertribünen der diversen Parlamente stehen. Besonders wenn es darum geht, die Werktätigen noch mehr auszuplündern, hört man sie mit eindringlicher Stimme beschwören: Seid maßvoll, seid bescheiden. Alle müssen Opfer bringen, denn die Lage ist ernst.

In ihrer maßlosen Gier haben jetzt die Landtagsabgeordneten in Niedersachsen die ganze Heuchelei enthüllt, die sich hinter solchen Appellen verbirgt. In der vergangenen Woche versammelten sie sich in Hannover ausnahmsweise vollzählig — und faßten den einstimmigen Beschluß, sich ihre Diäten von 2.500 DM auf sage und schreibe 6.000 DM zu erhöhen. Sie waren in ihrer Gier sogar noch maßloser als die Abgeordneten im Bonner Bundestag, die sich schon am 8. Dezember 1976 die Diäten verdoppelt hatten.

Zu ihrer Rechtfertigung brachten diese sogenannten Volksvertreter vor: Sie müßten ja jetzt auch Steuern zahlen und brauchten daher einen „Ausgleich". Frechheit kennt keine Grenzen, kann man da nur sagen.

6.000 DM Diäten, fette Reisespesen und andere Vergünstigungen, lukrative Aufsichtsratspöstchen, einträgliche Beraterverträge nach der Devise „Eine Hand wäscht die andere" — sie leben wie die Made im Speck, die Herren Volksbetrüger, die sich selbst die Taschen vollstecken und gleichzeitig große Reden von „Opfer, die alle bringen müssen", vom Stapel lassen.

„L" wie Lockheed

Wieder einmal steht der CSU-Chef Strauß im Mittelpunkt einer dunklen und anrüchigen Geschichte. Und wieder einmal präsentiert sich dieser feine Herr als ein unschuldiges verfolgtes Opfer, diesmal als Opfer eines Abhörskandals. Strauß beschuldigt die Bonner Geheimdienste, ihn abgehört zu haben. Die Bonner Koalition kontert mit Vermutungen, es sei wohl der bayrische Verfassungsschutz gewesen, der die Gespräche des CSU-Chefs belauscht habe.

Wie dem auch sei. Ob sich nun die Herren gegenseitig ihre Wanzen in die Dienstzimmer plazieren oder ob die ganze Geschichte von den Strauß-Leuten erfunden wurde. Eines ist doch interessant bei der Sache. Der CSU-Chef kann sich genau an das Telefongespräch erinnern, von dem jetzt ein Protokoll auftauchte. Er bestätigt den Inhalt als echt. Allerdings bis auf einen Satz. Und der lautet: „Ich selbst habe nunmehr nach 16 1/2 Jahren aus dem Archiv die Akten angesehen und alles, was sie nicht sehen dürfen, gelüftet. Die persönliche Post mit L. ist entfernt. Sollten die dahinter kommen?" „L" steht für Lockheed. Das ist der Name des amerikanischen Rüstungskonzerns, der dem damaligen Kriegsminister Strauß das Schrottflugzeug Starfighter verkauft hat. 40 Millionen Mark, so gestand ein Lockheed-Manager, sind damals als Schmiergeld für dieses Geschäft in die Kassen der CSU geflossen.

Strauß, bekannt als notorischer Lügner, hatte das stets bestritten. Eine von Bonn eingerichtete Kommission hat ihn vor wenigen Wochen von diesen Vorwürfen freigesprochen. Sie hatte es allerdings auch leicht, den Bestechungsskandal zu vertuschen. Denn die entscheidenden Akten aus dem Strauß-Ministerium waren verschwunden. Und dabei handelt es sich genau um die, von denen Strauß in dem abgehörten Gespräch sagte, er habe sie gelüftet und entfernt.

Die Werktätigen sollen zahlen

Fortsetzung von Seite 1

Und was hat die Regierung gemacht? Seit 1975 42 Milliarden Mark den Kapitalisten in den Rachen geworfen, wie Schmidt stolz bekannte, zur „Konjunkturankurbelung", damit sie ihre Betriebe also noch mehr rationalisieren und noch mehr Kollegen entlassen können. Den Arbeitslosen dagegen „bescherte" die Regierung allein eine Kürzung des Arbeitslosengeldes und der Arbeitslosenhilfe. Diese Regierung erfüllt getreu das Programm der Kapitalisten: die Krise des Kapitalismus auf den Rücken der Werktätigen abzuwälzen.

Wenn Kohl von der CDU sich nach der Regierungserklärung frech zum Anwalt der Arbeitslosen aufspielte und der SPD-Regierung vorwarf, sie habe zur Arbeitslosigkeit geschwiegen, dann ist das üble Demagogie. Diese Partei ist ebenso Handlanger des Monopolkapitals wie die Clique um Schmidt. Das zeigt sich gerade auch an dem Plan der Bourgeoisie, die Renten für 12 Millionen Bezieher abzubauen. Hier sind sich beide einig. Kanzler Schmidt hat es in seiner Erklärung angesprochen: weitere soziale Demontage.

Lang ist die Liste der Maßnahmen, die sie zur Zeit diskutieren, um das Loch von 20 bis 30 Milliarden Mark in der Versicherungskasse zu stopfen: auf jeden Fall Anpassung der Renten nach der Nettolohnberechnung. Außerdem Beiträge der Rentner zur Krankenversicherung. Besteuerung der Rentner. Und die Arbeiter und Angestellten sollen höhere Beiträge zahlen. Versicherungspflicht für Nacht- und Feiertagszuschläge, für Weihnachtsgeld und dreizehntes Monatsgehalt. Und ebenfalls im Gespräch ist eine Beitragserhöhung von 18 auf 19 Prozent.

All diese angeblichen „Sanierungs"-Maßnahmen laufen darauf hinaus, die Renten abzubauen und die Versicherungsbeiträge für Arbeiter und Angestellte zu erhöhen. Die Kosten für die Krise der Sozialversicherung sollen also wieder einmal die Werktätigen zahlen! Kein Wort davon, die Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt für die Sozialversicherung zu erhöhen, obwohl die Regierung zur Sicherung der Renten dazu sogar gesetzlich verpflichtet ist. Nein, diese Regierung pumpt lieber zig Milliarden in Rüstung, Ausbau der Polizei, in die Taschen des Monopolkapitals. Denn das ist der Auftrag, den sie von der Bourgeoisie hat.

Schmidts Regierungserklärung war die Eröffnungsrede der Bourgeoisie für ein Jahr weiterer Angriffe auf die materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen, für eine stärkere Faschisierung. Doch der Kampfgeist der Werktätigen wächst. Machen wir dieses Jahr zu einem Jahr des konsequenten Klassenkampfes! Treten wir den Angriffen der Bourgeoisie entschieden entgegen!

Alle Ampeln auf Rot

Fortsetzung von Seite 1

schon festgelegt; Bundesbahn, U-Bahn und Flugplätze bereits in den totalen Verkehrsstop einbezogen. Nun muß nur noch ein Provokateur in die nächste Telefonzelle gehen und von irgendeiner Schießerei reden — und die Notstandsübung läuft ab.

Innenminister Hirsch hat sich entrüstet, als dieser Chaos-Befehl jetzt an die Öffentlichkeit kam: „Entweder ist dies ein Spiel mit Menschenleben oder eine Spekulation." Macht dieser Herr sich etwa Sorgen um das Leben der Autofahrer, der Kranken, derjenigen, die bei der Menschenjagd von der Polizei erschossen werden können? Nein! Dieser Schreibtischtäter ärgert sich darüber, daß die Veröffentlichung „mutmaßlichen Terroristen Informationen liefere, was wir unternehmen oder wie wir sie verunsichern wollen". Was sich hier offenbart, ist die maßlose Verachtung der Herrschenden für die Werktätigen, das verbrecherische Spiel mit dem Leben der arbeitenden Bevölkerung, das sich schon beim Sturm auf die Urlaubermaschine in Mogadischu gezeigt hat. Wie damals kalkuliert der Staat eiskalt ein Blutbad unter der Bevölkerung ein. Die scheinbar ironische Bemerkung eines Polizeipräsidenten aus dem Ruhrgebiet zu dem Verkehrschaos-Plan: „Auch jeder Fußgänger hat sofort stehenzubleiben, wer sich bewegt, macht sich verdächtig und wird festgenommen" — wird dann genau den Tatsachen entsprechen. Und dann heißt es: Auf der Flucht erschossen...

Wenn jetzt manche denken: Das ist ja bald wie 33! Das ist ja wie im Polizeistaat! — dann haben sie recht, dies ist ein Schritt zu einem neuen 33! Terror gegen das Volk, dies bestimmt mehr und mehr das Bild auf unseren Straßen.

Diese Herren erwarten, daß wir wie Schafe auf der Schlachtbank auf ihre Notstands-Kommandos warten. „Für die Bevölkerung ist es wichtig zu wissen, daß sie bei einem Sirenengeheul die Radios einschalten. Dort geben wir dann auf den jeweiligen Fall abgestellte Anweisungen!" Innenminister Hirsch irrt sich, wenn er glaubt, er könne Zigtausende von Werktätigen in ihren Autos zu Marionetten machen und sie widerstandslos terrorisieren. Immer mehr Menschen begehren gegen die faschistischen Maßnahmen auf. Der Rotlicht-Plan wird auf eine große Empörung und großen Widerstand stoßen, das ist sicher.

Der Rotlicht-Plan muß weg! Kampf dem staatlichen Straßen-Terror! Werktätige, demonstriert mit der KPD/ML am 30. Januar gegen die faschistischen Sondergesetze, gegen Reaktion und Faschismus!

Kurz berichtet

HAMBURG

Eine Albanien-Veranstaltung fand am 16. Januar in Hamburg statt. Ein Reisebericht gab einen lebendigen Eindruck über dieses einzige sozialistische Land in Europa, den Kampf der Partei und des Volkes für die Festigung der Diktatur des Proletariats. Der Bericht wurde ergänzt durch Dias und einen Film.

BREMEN

Die Bremer Genossen führten am 19. Januar eine Veranstaltung durch unter dem Thema: „Was will die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition?" Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Kampf für Rote Betriebsräte. Vor allem im Hinblick auf die Bremer Klöckner-Hütte wurde über die Möglichkeit diskutiert, eine Rote Liste aufzustellen. Aber auch über die Probleme und Kämpfe der Arbeiter in anderen Betrieben wurde gesprochen. So berichtete ein Bauarbeiter von seinen Erfahrungen mit dem reaktionären Apparat der IG Bau-Steine-Erden. Immer haben die Bonzen, so sagte er, Streiks damit abwürgen wollen, daß sie sagten, wir wären nur eine kleine Gewerkschaft und könnten deshalb sowieso nichts machen.

Wie dieser Kollege, so brachten auch andere ihren Haß auf die Bonzen zum Ausdruck. Es entwickelte sich eine lebhafte Diskussion über die Notwendigkeit der RGO. Diese Veranstaltung war für die Partei ein Erfolg in ihrer Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit.

HAMBURG/HANNOVER

Die Zellen des KSB/ML in Hannover und Hamburg haben ihre Kampfprogramme für die Wahlen zum Studentenparlament vorgestellt. Darin wird die Notwendigkeit betont, den Kampf gegen die reaktionären Hochschulgesetze der Bourgeoisie zu führen, dem Polizeiterror und den Berufsverboten entgegenzutreten und die Angriffe auf die materielle Lage der Studenten zurückzuschlagen.

In dem Aufruf des KSB/ML Hannover heißt es: „Diese kapitalistische Gesellschaft kann dem Großteil der Studenten keine Perspektive bieten." Es wird die Notwendigkeit betont, unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei für die Zerschlagung dieses Systems in der sozialistischen Revolution zu kämpfen.

WESTBERLIN

In Westberlin beteiligte sich die Rote Garde mit einem Block an einer Demonstration gegen die andauernde Inhaftierung von drei Mitgliedern eines Druckkollektivs. Insgesamt waren 3.000 Menschen auf der Straße. Die drei Drucker sind unter dem Vorwand der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung vor drei Monaten verhaftet worden. Ein Antrag auf Haftverschonung wurde jetzt abgelehnt. Die Klassenjustiz stützt ihre Anklage darauf, daß dieses Kollektiv Schriften mit angeblich „terroristischem Inhalt" gedruckt haben soll.

Dieser unverschämte Angriff hat die Empörung vieler Menschen hervorgerufen. Zeigt er doch, daß die Bourgeoisie immer mehr mit brutalem Polizei- und Justizterror gegen alle die vorgeht, die sie zu „Sympathisanten", zum „terroristischen Umfeld" usw. stempelt.

Wie in der Bundesrepublik, so rufen auch in Westberlin die Partei und die Rote Garde dazu auf, diesem Terror entgegenzutreten und den 30. Januar zum Kampftag gegen Reaktion und Faschismus zu machen.

Offen gesagt ...

Räuberische Erpressung

Der Bourgeoisie ist tatsächlich jedes Mittel recht, um den Kampf der Massen, um den Widerstand gegen die Atomkraftwerke zu brechen. Nun setzt sie sogar die Finanzämter ein. Das Finanzamt in Freiburg sprach vor kurzem einer badischen Initiative gegen die Atomkraftwerke die „Gemeinnützigkeit" ab. Das heißt: Alle Spenden und Einnahmen dieser Initiative sollen rückwirkend ab 1. Januar 1974 versteuert werden. Was das für die Mitglieder der Initiative bedeutet, ist klar: finanzielle Ruinierung!

Dieser Angriff auf die Finanzen ist besonders hinterhältig, denn die Bourgeoisie weiß, daß die Werktätigen jeden Groschen umdrehen müssen, daß ihr Geld gerade zum Überleben reicht. Darum versucht sie, mit Zahlungsbefehlen den Kampfgeist zu ersticken. Und Freiburg ist kein Einzelfall.

Denken wir nur an die sogenannten „Leistungsbescheide" für die Teilnehmer am „Anti-Atom-Dorf" in Brokdorf. 5.384,15 DM soll jeder Demonstrant für den Polizeieinsatz gegen das Dorf zahlen, dafür, daß über 600 Polizisten eine „kostenpflichtige Zwangsräumung" durchgeführt haben. Wirkliche Rechtsmittel gibt es gegen die Bescheide nicht. Bei Nichtbezahlen droht Zwangsvollstreckung. Das Land Niedersachsen hat auch prompt beschlossen, den Demonstranten in Grohnde eine ähnliche Rechnung für die Bürgerkriegsübung der Polizei vorzusetzen. Mit beliebig großen Polizeieinsätzen können also Rechnungen aufgestellt werden, die jedem die Existenzgrundlage nehmen.

Oder denken wir an unseren Genossen Andreas in Münster. Er wurde nicht nur zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt, weil er einen Polizisten verletzt haben soll, der einen Flugblattverteiler festgenommen hatte. Er erhielt noch zusätzlich von der Polizeidirektion eine Rechnung über DM 45.298,54 für den Ausfall von Dienstbezügen, Krankenhauskosten, eine beschädigte Dienstmütze usw. Wie soll ein Arbeiter je eine solche Summe aufbringen?

Diese rücksichtslose Vernichtung der Existenzgrundlage von Werktätigen wird sogar noch unter dem Deckmantel der „Allgemeinheit" betrieben. So begründete das Finanzamt Freiburg seine Entscheidung damit, die Initiative verstoße gegen das Interesse der „Allgemeinheit". Das „Volk" sei für Atomkraftwerke. Diese Lügner und Heuchler! Mit dem Bau der Atomkraftwerke kalkuliert die Bourgeoisie zynisch den Tod von Millionen ein, gefährdet sie bewußt Gesundheit und Sicherheit der Bevölkerung. Und dann behauptet sie dreist, für die „Allgemeinheit", im Namen des „Volkes" zu sprechen. Das Volk hat gerade durch einen breiten Protest, durch die zahlreichen Kampfaktionen demonstriert, daß es den Bau der AKWs als Angriff auf seine Lebensinteressen ansieht.

Eben um diesen Kampf zu unterdrücken, wird die finanzielle Zwangsschraube angesetzt. Das zeigt auch die zweite Begründung für die Aberkennung der „Gemeinnützigkeit": Die Initiative habe zur Bauplatzbesetzung in Whyl aufgerufen. Es geht ihnen also um das Niederhalten des militanten Kampfes, um die revolutionäre Gewalt. Die aber, das sei den Herren im Finanzamt und anderen Behörden gesagt, läßt sich nicht durch Zahlungsbefehle und nicht durch andere Zwangsmaßnahmen aufhalten!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

VIII. Kunstausstellung der DDR

"Uns so darzustellen, empfinden wir als Beleidigung"

Seit Oktober wird im Dresdener Albertinum die „VIII. Kunstausstellung der DDR" gezeigt. Ein halbes Jahr soll das Spektakel dauern. Die DDR-Presse preist die Ausstellung als das seit langem „bedeutendste Ereignis auf bildkünstlerischem Gebiet". Bedeutend — das ist in der Tat richtig. Denn diese Schau demonstriert mit großer Anschaulichkeit, wie heruntergekommen, wie volksfeindlich die Kunst in der DDR ist, seitdem die Revisionisten den Sozialismus liquidiert haben. Und mit ihm den sozialistischen Realismus in der Kunst.

Zahlreiche Bildwerke verbreiten den Geruch der Verachtung für die Arbeiterklasse. Sie propagieren den Geist des Pessimismus, der Resignation und Isolierung. Sehen wir uns „Am Freitagabend" an — das Porträt eines jungen Arbeiters. Die FDJ-Zeitung „Junge Welt" beschreibt dieses Gemälde einigermaßen zutreffend: „Der Arbeiter erscheint in seiner privaten Sphäre, stark individualisiert. Feierabend, Freitag, eine Woche harter Arbeit hinter sich, noch nicht in der Lage ganz ‚abzuschalten'. Die Flasche Bier ist schon zur Gewohnheit geworden. Ein Wochenende steht bevor, Zusammensein mit der Familie, Freunden und Bekannten. Aber noch ist der Blick des Mannes müde, auch unzufrieden. Fragen sind abzulesen, Fragen nach dem Sinn des Geleisteten, dem Wofür."


„Porträt nach Dienst"

Allerdings, die Arbeiterklasse in der DDR wird unterdrückt und ausgebeutet, geschunden und getreten. Abschalten, müde, unzufrieden — dieser im Bild ausgedruckte Zustand ist kennzeichnend für viele Kollegen. Nur stellt der Künstler dies nicht etwa als Anklage gegen das herrschende System der Arbeitshetze und Ausbeutung dar, weckt nicht Empörung und Kampfgeist, sondern lenkt den Blick auf das „kleine Glück" am Wochenende, auf den engen persönlichen Bereich der Familie. Die Ideale des Kampfes für Freiheit und Sozialismus werden in diesem Porträt der Arbeiterklasse völlig geleugnet.

Das ist nicht zufällig, das ist Programm. Die kulturpolitische DDR-Zeitschrift „Sonntag" erklärte dazu, Bilder, die das „Pathos der Arbeit" darstellen, hätten ausgedient. Der Widerspruch zwischen „strahlenden Arbeitergesichtern" auf Gemälden und den versklavenden Zuständen in den Betrieben der DDR wäre auch zu offen. Darum begrüßt die Zeitschrift, daß die Künstler mehr Interesse „an der Individualität der Werktätigen, an seinen persönlichen Problemen, am Alltag und am Intimen sowie an formalen Fragen und malerischen Reizen zeigen, die sich bei der Arbeit in der Produktionssphäre ergeben".

Was die Revisionisten allerdings unter der Darstellung des „Intimen", des „Alltags" der Werktätigen verstehen, macht das „Porträt nach Dienst" von Sakulowski deutlich. Man sieht eine Ärztin. Hingestreckt im Sessel. Erschöpft. Die Augen vor Ermüdung geschlossen. So fertig sind die Werktätigen nach der Arbeit, das ist richtig. Hier aber wirkt das Gesicht wie eine Totenmaske, der Körper durch den Faltenwurf der Kleidung häßlich. Dieses Bild ist beleidigend, es verrät den perversen Blick eines Voyeurs, der es genießt, Menschen zu beobachten, die sich unbeobachtet fühlen. Die gemalte Person wird als kraftlos, passiv, ihrem Schicksal ergeben hingestellt. Man muß schon die Brille eines „UZ"-Reporters tragen, um in diesem gemeinen Machwerk „trotz alledem — in dem rosa Ton, den wir da drin haben, Optimismus" zu erkennen.

Das Bild „Erster Rentnertag" von Hachulla ist in kaltem Grün und schmutzigen Gelbtönen gehalten. Eine ältere Frau sitzt allein in einer Neubauwohnung. Auf dem Tisch achtlos hingeworfen eine Briefmarkensammlung und Stricksachen. Sie kann nichts damit anfangen. Im linken Bildteil: ein Sprechzimmer, der ehemalige Arbeitsplatz der Rentnerin. Rechts im Bild wie auf einem Film dargestellt: Erinnerungen an den Mann, die Kinder, Reisen... Aus diesem Bild dringen Ratlosigkeit, Schrecken, Einsamkeit hervor. Es ist ein Hohn, wenn einige DDR-Funktionäre gegen dieses Bild behaupten, die Rentner seien in der DDR glücklich, materiell gesichert und in der Gemeinschaft geborgen. Wie im Westen werden die Werktätigen in der DDR, wenn ihre Arbeitskraft verbraucht ist, abgeschoben und als der letzte Dreck behandelt. Insofern spiegelt sich in dem Bild ein Stück DDR-Wirklichkeit. Allerdings will auch dieser Künstler nicht entlarven, er begreift sein Bild als Aufruf zu etwas „Lebenshilfe": „Ich habe versucht, mit der Fernsehantenne, die etwas lädiert ist, anzudeuten, daß der Kontakt nach außen zunächst unterbrochen ist. Aber die Antenne ist nach wie vor da, und damit sie funktionieren kann, muß nicht nur der Betreffende, sondern müssen auch andere etwas beitragen."

„Dienstschluß", „Freitagabend", „Erster Rentnertag" — diese drei Bilder sind typisch. Sie predigen eine kapitulationistische Haltung gegenüber Schwierigkeiten, sie beschreiben die Werktätigen als enttäuschte, verzweifelte Menschen, die fatalistisch abseits stehen und ihr „Glück" allein in Familie und Freizeit suchen. Mut, Begeisterung, kämpferische Solidarität — diese hohen moralischen Qualitäten, die gerade die Werktätigen befähigen, die größte Revolution in der Geschichte durchzuführen, sucht man in diesen Werken vergeblich. „Die Leugnung der großen gesellschaftlichen Probleme, Themen, die Enttäuschung und bürgerlichen Humanismus behandeln, die vollständige Abkehr vom positiven Helden und das Versperren der revolutionären Perspektive sind kennzeichnend für die revisionistische Literatur und Kunst." Diese Analyse des Genossen Enver Hoxha trifft voll und ganz auch auf diese Strömung in der revisionistischen Kunst der DDR zu.

Diese Malerei als „sozialistischen Realismus" zu bezeichnen, weil die Wirklichkeit eben so sei, ist nichts anderes als eine Verhöhnung des Volkes. Stellte der bürgerliche „Naturalismus" oder „Realismus" das seelische und materielle Elend der ausgebeuteten Werktätigen immerhin offen als Anklage gegen das herrschende System dar, so ist diese revisionistische Malerei nichts anderes als eine „kritische Bejahung" und Unterstützung des kapitalistischen Systems in der DDR, Ausdruck der Verachtung der herrschenden Bourgeoisie für die Unterdrückten und Ausgebeuteten.

Das Bild „Brigadefeier" von Gille hat sich nicht umsonst den Haß vieler Werktätiger in der DDR zugezogen. So schrieben Arbeiter der VEB Heidenau: „Unsere Brigade lehnt dieses Bild ab. Wir sind der Meinung, daß wir als Arbeiter durchaus feiern können, aber uns so darzustellen, empfinden wir als Beleidigung!" Wie sieht diese Brigadefeier aus? Auf einem Gartenstuhl ein Kasten Bier. Daneben ein junger Mann, der über den Durst getrunken hat. Ein anderer tanzt auf dem Tisch. Die Kollegen halten sich bierselig umarmt. Keine Fröhlichkeit oder Ausgelassenheit, sondern öder Bierdurst. Kurz vor'm Erbrechen. Dieses gehässige Bild versucht der Arbeiterklasse zu unterstellen, sie suche „Glück" und „Fröhlichkeit" in Zügellosigkeit und Biermief.


„Brigadefeier"

Diesen Angriff auf die Würde der Werktätigen mit den Worten zu verteidigen: „Warum soll diese Realität nicht gezeigt werden? Alles andere wäre doch eine Verschönerung", zeigt wie weit die revisionistischen Künstler und ihre Verteidiger in der DDR-Presse in den Sumpf geraten sind. Mit den gleichen Argumenten kann auch Pornografie, Sadismus und Terror zum Bildthema erklärt werden. Allerdings werden die Werktätigen diesen Schmutz niemals als ihre Realität empfinden, sondern den Bild-Inhalt, der sie begeistert, der Fortschritt, Frische, Lebendigkeit verkörpert.

Der Entmenschlichung im Inhalt entspricht die Auflösung der Form in vielen Bildern, die widernatürliche Darstellung des Menschen bis hin zum reinen abstrakten Formalismus. Das „Neue Deutschland" freut sich über diese dekadenten Sumpfblüten: „So finden sich in der VIII. auch ungegenständliche Arbeiten, die außerhalb des Territoriums des Realismus verharren, aber durch eine bestimmte künstlerische Qualität oder Raffinesse der Gestaltung allgemeine emotionale Wirkungen auslösen." Das erstrebte „Weltniveau" scheint erreicht: inhaltsleer, primitiv, barbarisch wie im Westen.

Der Sumpf der bürgerlich-revisionistischen Kultur, wie sie in der VIII. Kunstausstellung präsentiert wird, wird jedoch das revolutionäre Denken und Fühlen der Arbeiterklasse in der DDR nicht vergiften können. Die offenen Worte, die viele zu diesem Schund sprachen, beweisen, daß die Werktätigen sich ein gesundes Gefühl dafür bewahrt haben, wie eine Kunst für das Volk aussehen soll. Daß die neue Bourgeoisie diese, die Arbeiterklasse beleidigenden Werke propagiert, daß sie diese Künstler verteidigt, die die Würde und die Gefühle der Werktätigen in den Schmutz treten, wird manchem Kollegen bewußt machen: Dieser Staat ist eine Diktatur der Bourgeoisie. Seine Kunst dient zu nichts anderem, als dieses System von Ausbeutung und Unterdrückung zu vernebeln und aufrechtzuerhalten.

Wohnungsbau in der DDR

"Sozialpolitik" auf dem Rücken der Werktätigen

Seit der Verkündung des „Wohnungsbauprogramms als dem Kernstück des sozialpolitischen Programms" werden im „Neuen Deutschland" ständig neue Erfolgsziffern über die Planerfüllung veröffentlicht. Wie kommen diese Ergebnisse zustande? Zum einen durch die Vernachlässigung anderer Bauaufgaben, zum anderen durch die ungeheure Verschärfung der Arbeitshetze beim Wohnungsbau, deren Leidtragende nicht nur die Bauarbeiter sind, sondern auch die Mieter, die in die mit vielen Mängeln behafteten Wohnungen einziehen müssen.

Nehmen wir die Wohnungsbaukombinate aus den Bezirken Neubrandenburg und Karl-Marx-Stadt. Beide mit hohen Staatsorden ausgezeichnet. Die Kombinatsdirektoren brachten sich nicht nur durch die verschärfte Antreiberei der Bauarbeiter in den Genuß dieser staatlichen Anerkennung. Sie sorgten vielmehr auch mit Wissen und Duldung der übergeordneten Leitungen dafür, daß ihre Kombinate zugunsten des Wohnungsbaus den Bau von Feierabend- und Pflegeheimen für ältere Werktätige vernachlässigten. So war etwa in Karl-Marx-Stadt im Oktober erst die Hälfte der für das letzte Jahr geplanten Plätze in Pflegeheimen fertiggestellt. In Neubrandenburg war bis zu diesem Zeitpunkt noch nicht ein einziger Platz übergeben.

Ein Baubereich, der besonders unter diesem „sozialpolitischen Programm" des Honecker-Regimes zu leiden hat, ist der Tiefbau. Während für die Wohnungsbauer, von Ausnahmen abgesehen, meist von Baubeginn an Aufenthaltsräume, Tagesunterkünfte und Verpflegungsmöglichkeiten vorhanden sind, hausen die Tiefbauer fast ausschließlich in Behelfsunterkünften. Für sie sind kaum ordentliche Versorgungsmöglichkeiten vorbereitet. Während der Wohnungsbau vorrangig mit Maschinen, Hebewerkzeugen und Baumaterial versorgt wird, sind die Tiefbaubetriebe technisch schlecht ausgerüstet. Der Anteil der manuellen Arbeit ist sehr hoch. Da nach dem Leistungsprinzip in der DDR qualifizierte Arbeit aber höher bezahlt wird, verdienen die Tiefbauer meist auch entsprechend weniger als ihre Kollegen im Wohnungsbau. Zum Ausgleich dafür dürfen sie dann mehr Überstunden machen. Bereits seit Jahren liegen die Tiefbauer bei den Überstunden an der Spitze. Bei den Tiefbauern ist der Unmut über das Mißverhältnis zwischen den Bedingungen im Wohnungsbau und denen im Tiefbau sehr groß. Nicht, weil sie etwa dagegen wären, daß möglichst viele Wohnungen gebaut werden. Sie sind darüber empört, daß hier „Sozialpolitik" auf ihrem Rücken gemacht wird. Zigmal ist ihnen von den zuständigen Stellen schon eine Verbesserung versprochen worden, geändert aber hat sich nichts, und es wird sich auch in absehbarer Zeit nichts spürbar ändern.

Bereits hieran zeigt sich, daß an der vielgepriesenen „Sozialpolitik" des Honecker-Regimes etwas oberfaul ist. Sie ist keineswegs das Ergebnis einer Politik, die von den Interessen der Werktätigen ausgeht. Im Gegenteil: Die „Sozialpolitik" des Honecker-Regimes im Wohnungsbau ist nichts als ein Zuckerstück, ein Propagandaunternehmen wie einst Hitlers „Kraft durch Freude"-Veranstaltungen, mit dem man die Empörung der Werktätigen über die sich allgemein verschlechternde Lebenslage dämpfen will.

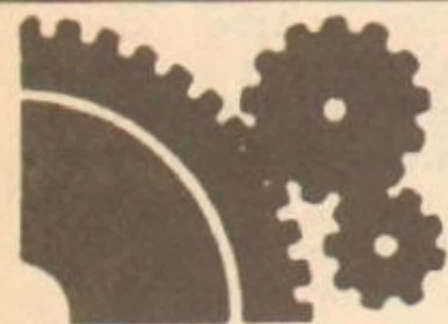
Daß es vor allem um den Propagandaeffekt geht, erleben auch die Mieter, die in die neugebauten Wohnungen einziehen. Zwar sind die Wohnungen in der Regel pünktlich bezugsfertig, die Qualität aber läßt zu wünschen übrig. Da gibt es Fugenschäden, Mängel bei den Malerarbeiten und bei den sanitären Anlagen, oder es wurden minderwertige Platten für den Bau verwandt. So wurden in einem Bezirk der DDR bei rund 1.000 Wohnungen weit über 2.000 Mängel festgestellt. Eine steigende Zahl von Eingaben an die Wohnungsbaukombinate sind Ausdruck der wachsenden Unzufriedenheit der Mieter mit den Wohnungen.

Daß das so ist, liegt nicht an den Bauarbeitern. Die schlechte Qualität der Wohnungen ist das Ergebnis einer steigenden Arbeitshetze, zu der die Arbeiter von den Bonzen gezwungen werden, um die Betriebsgewinne und Erfüllungsprämien hochzutreiben. Um dieses Antreibersystem noch zu perfektionieren, wurde eigens eine Art Akkordsystem, die „Stabin-Methode", eingeführt, die auf Kosten der Qualität zu höherem Tempo anreizen soll. Dazu kommen auch hier im Wohnungsbau immer mehr Überstunden.

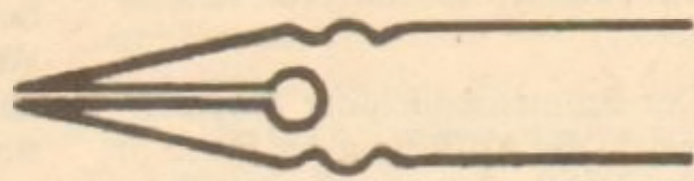
Deshalb wächst auch unter den Wohnungsbauern die Unzufriedenheit. Sie fordern Normen und Arbeitsbedingungen, die den Bau von ordentlichen Wohnungen zulassen. Ihr Unwille über die vielen Überstunden, die von ihnen verlangt werden, nimmt zu.

Wie man sieht, erreicht die Honecker-Clique in der DDR mit ihrem „sozialpolitischen Wohnungsbauprogramm" gerade das Gegenteil dessen, was sie erreichen wollte. Statt die Werktätigen über den scharfen Klassengegensatz in der heutigen kapitalistischen DDR hinwegzutäuschen, erreicht sie nur, daß der Unmut und der Widerstand gegen die neue Bourgeoisie wachsen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Personalratswahlen am Krankenhaus in Spandau

Vom 7. bis 9. 11. 77 waren im Krankenhaus Spandau Personalratswahlen. Die Partei verteilte aus diesem Anlaß erstmals zwei Flugblätter an diesem Betrieb. Im ersten zeigte sie die Situation am Betrieb auf, die sich seit der Zusammenlegung einzelner kleiner Häuser zu einem Großbetrieb mit fast 2.700 Betten und rund 3.000 Beschäftigten immer weiter verschärft hat. Mit Sparmaßnahmen will der Westberliner Senat bis 1990 1.569 Betten (ca. 60%) und 40% der Planstellen ersatzlos streichen. Mit unverschämten Rationalisierungen plant die Krankenhausleitung, das Landeskrankenhausgesetz, — alle Krankenhäuser müssen nach rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten kostendeckend kalkulieren — durchzusetzen.

Das bedeutet für uns Kollegen: Einstellungsstop, Einsparungen von Material und Medikamenten, selbst der Strom läuft nur noch auf halber Kraft. Der Stationsbetrieb kann zum großen Teil nur noch mit Schülern und unausgebildeten „Extrawachen" aufrecht erhalten werden, die Arbeitshetze hat in letzter Zeit schon zu einigen schweren Zwischenfällen geführt. Das Flugblatt zeigte auch die Rolle des bisherigen Personalrats auf, der hauptsächlich von der ÖTV getragen wird. In seinem „neuen Wahlprogramm" bringt er es fertig, eine „positive Weiterentwicklung des Landeskrankenhausgesetzes" zu unterstützen, das bei den Kollegen als Rationalisierungsgesetz verhaßt ist, Es wird aufgezeigt, daß der Personalrat mit der Krankenhausleitung mauschelt und die Interessen der Kollegen verrät.

In diesem Flugblatt werden die Kollegen mit dem Programm und den Forderungen der RGO bekannt gemacht. Die Hauptforderung für unseren Betrieb nach einer gemeinsamen Personalversammlung aller Bereiche — um die Spaltung der Kollegen zu bekämpfen — und die Veröffentlichung aller Spar- und Rationalisierungspläne durch den Personalrat wurde durch eine Resolution der Kollegen in der Personalversammlung eines Bereiches verabschiedet. Diese Resolution haben Genossen der Partei mit zehn anderen fortschrittlichen Kollegen vorbereitet.

Die RGO wurde in dem zweiten Flugblatt der Partei noch einmal ausdrücklich propagiert. Die Ergebnisse der Einzelpersonalversammlung wurden zusammengefaßt und zum Boykott der Personalratswahl aufgerufen, da es keine Liste gibt, die man wählen kann. Nach den guten Ergebnissen der Arbeit in der letzten Zeit heißt das Ziel: Eine starke revolutionäre Liste bei den Vertrauensleutewahlen und bei der nächsten Personalratswahl!

(Leicht gekürzt).

Rot Front! Ein Kollege aus Westberlin

Rationalisierung bei der Bundesbahn

Auf welch raffinierte Art und Weise bei der Bundesbahn Arbeitsplätze vernichtet und die Arbeitshetze erhöht wird, zeigt folgendes Beispiel:

Ein Kollege arbeitet in einem Ausbesserungswerk, wo die Arbeit in Kolonnen organisiert ist. Nun sind in letzter Zeit sieben Kollegen aus seiner 22 Mann starken Kolonne abgezogen und in einer anderen Kolonne angelernt worden, aus der man wiederum etwa 10 Kollegen rausgeholt und auf Rotte (d. h. Streckenarbeit) geschickt hat. Die Begründung für die Verringerung der ersten Kolonne war: „Kollegen, es ist zu wenig Arbeit da; es kommen nicht mehr so viele Loks rein." Doch durchleuchtet man diese Behauptung etwas genauer, entdeckt man folgende Sauerei:

Die Planung der Arbeit läuft quartalweise. Nun sieht es immer so aus, daß am Anfang des Quartals viel zu tun ist, so daß Überstunden geschoben werden; zum Ende des Quartals aber nimmt die Arbeit ab, so daß Leerlauf entsteht. Da Überstunden bei der Bahn abgefeiert werden müssen und deshalb nirgends in der Abrechnung auftauchen, sieht es am Quartalsende so aus, als sei zu wenig Arbeit da; also kann man Kollegen wegschicken!

Was kommt dabei heraus? Die Kollegen, die bleiben, müssen also die gleiche Arbeit jetzt alleine schaffen, d. h. für sie erhöht sich die Arbeitshetze, sie leisten für das gleiche Geld mehr Arbeit. (Leicht gekürzt).

Eine Genossin aus Bremen

Meldungen aus den Betrieben

7 Prozent „empfohlen"

Der Hauptvorstand der IG Chemie-Papier-Keramik hat für die Tarifrunde dieses Jahres „empfohlen", keine höheren Lohnforderungen als 7% aufzustellen. Der Tarifvertrag läuft am 31. März aus. Angesichts der gestiegenen Lebenshaltungskosten und der verschärften Ausbeutung in den Betrieben bedeutet eine Forderung von 7% in Wirklichkeit Lohnraub. Der Hauptvorstand erklärte außerdem, „mit dem richtigen Augenmaß" müsse mit Ergebnissen abgeschlossen werden, „die dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Arbeitsplätze gerecht werden." Im Klartext heißt das nichts anderes, als daß die Arbeiter mit der Drohung der Arbeitslosigkeit unter Druck gesetzt werden sollen, um ihnen einen noch niedrigeren Abschluß aufzuzwingen.

Westberliner Tischler im Streik!

Bis zum 20. 1. waren fünf Westberliner Betriebe der Holz- und Kunststoffindustrie in den Streik getreten. Nachdem die Gewerkschaft Holz und Kunststoff (GHK) anfänglich neun Prozent mehr Lohn sowie Verbesserungen im Manteltarifvertrag gefordert hatte, hatte sie nach einem provokativen „Angebot" der Kapitalisten von 3,3 Prozent ihre Bereitschaft erkennen lassen, auf sechs Prozent herunterzugehen. Auf einer ersten Streikversammlung am 16. 1. hatten sich etwa 500 Kollegen in einer kämpferischen Atmosphäre versammelt und gegen den erbitterten Widerstand der Bonzen den einheitlichen Streik aller betroffenen Betriebe gefordert. Die Urabstimmung vom 17./18.1. ergab 92 Prozent für Streik! Auf einer zweiten Streikversammlung vom 20. 1. kamen über 600 Kollegen zusammen. Während die Holz-Kapitalisten Polizei als Kampfmittel einsetzen wollen, wie bei dem Klavier-Betrieb Bechstein in Kreuzberg geschehen, konzentrieren sich die GHK-Bonzen darauf abzuwiegeln und zu spalten, indem sie die gewerkschaftlich nicht organisierten Kollegen von Lohnerhöhungen ausnehmen wollen!
Die Kampfbereitschaft der Tischlereiarbeiter ist ungebrochen!

3.000 Kollegen sollen entlassen werden

Auch die Brauereikapitalisten planen einen Rationalisierungsfeldzug gegen die Arbeiter und kleinen Angestellten. So wurde jetzt bekannt, daß die „Dortmunder Union- und Schultheißbrauerei" im Laufe der nächsten zwei bis drei Jahre 3.000 der insgesamt 9.000 Beschäftigten auf die Straße werfen will. Anstatt die Kollegen jedoch zum Kampf unter der Losung „Keiner darf entlassen werden!" zu mobilisieren, legte der Apparat der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (NGG) selbst ein sogenanntes Sanierungskonzept vor, in dem auch Entlassungen vorgesehen sind.

Streik bei Hoesch !

Machtvolle Warnstreiks der Stahlarbeiter bei Hoesch und im Thyssen-Edelstahlwerk in Dortmund haben den Plänen von Stahl-Kapitalisten und IGM-Apparat, klammheimlich einen Lohnraubabschluß durchzusetzen, einen Strich durch die Rechnung gemacht. Hatten die Bonzen vor, mit harmlosen „Schwerpunkt-Streiks" und verlängerten Kaffeepausen die Empörung unter den Kollegen aufzufangen, so entglitt die Streikbewegung zunehmend ihren Händen. 1.500 Kollegen der Westfalenhütte besetzten nach einem Zug durch das Werksgelände das Hauptverwaltungsgebäude und brachten die Bonzen ins Schwitzen.

Auf der Tarifverhandlung vom 9. 1. hatten die Stahlkapitalisten provokatorisch folgendes „Angebot" gemacht: 1. Am 19. 1. würden sie ein Angebot über Lohn- und Gehaltserhöhung machen. 2. Es wird keinen „Anschluß-Tarifvertrag" geben (also Lohnpause). 3. Die Verhandlung am 19. 1. wird die letzte sein! Danach wird nicht mehr verhandelt.

Während diese Provokation bei den IGM-Bonzen nur Gejammer über „die Schwere der Situation" hervorrief, weckte sie unter den Stahlarbeitern überall große Empörung und die Forderung, den Bossen eine passende Antwort zu geben. Der IGM-Apparat sah sich genötigt, die Stimmung der Kollegen aufzufangen, um sie in ungefährliche Bahnen zu lenken. So beschloß z. B. der Vertrauensleutekörper der Westfalenhütte, einstündige Warnstreiks in den einzelnen Abteilungen durchzuführen und dazu noch zu unterschiedlichen Zeiten. So wurde von vornherein versucht, eine gemeinschaftliche Aktion der Belegschaft zu torpedieren. Am 19. 1. verteilten die Betriebszellen der Partei bei Hoesch ein Flugblatt der „Stählernen Faust", in dem die Kollegen aufgefordert wurden, die geplanten Warnstreiks auszuweiten. „Vertraut nicht dem Apparat der IG-Metall. Nehmt den Kampf in Eure eigenen Hände! Nutzt die Warnstreiks dazu aus, einen wirklichen Schlag gegen die Kapitalisten zu führen!"

Fünf Minuten vor 9 Uhr. An den Kaltbandzerteilanlagen des Kaltwalzwerks FK1 werden die Maschinen abgestellt. Die ersten Kollegen setzen sich durch die Halle in Bewegung. Überall schließen sich ihnen Kollegen an. Eine begeisternde Stimmung macht sich breit. „Endlich ist es wieder so weit. Darauf haben wir fünf Jahre gewartet". Stetig wächst die Marschsäule an. Vor dem Betriebsratsgebäude treffen die Kollegen aus beiden Kaltwalzwerken zusammen. Die Kollegen wollen etwas tun, aber man läßt sie warten. Einige Vertrauensleute verteilen die Satzung der IG Metall, um das Ansehen des IGM-Apparats aufzupolieren. Das Flugblatt der Partei ist den Bonzen doch in die Glieder gefahren. Schließlich erscheint DKP-Betriebsrat Wetzel und hält eine Rede. Er will „tarifpolitische Informationen" geben. Er erzählt den Kollegen, daß sie mehr Geld brauchen und beruft sich sogar auf den amerikanischen Präsidenten Carter!

In dieser völlig unbefriedigenden Situation gibt ein Genosse, unterstützt von einigen Kollegen, die Parole aus: „Auf zur Hauptverwaltung!" Sofort setzt sich die Marschsäule in Bewegung, die inzwischen auf etwa 1.500 angewachsen ist. In den ersten Reihen haken sich die Kollegen ein. „Schmitthals, wir kommen!" dröhnt es die Springorumstraße entlang. Der Verkehr wird stillgelegt. Vor der Hauptverwaltung werden sofort die Eingänge besetzt.

Die IGM-Bonzen haben die Gefahr erkannt. Wolff, Betriebsratsvorsitzender, ergreift das Wort, um die Kollegen nach einigen salbungsvollen Worten wieder an die Arbeit zu schicken. Pfiffe und laute Parolen sind die Antwort. Er macht einen zweiten Versuch, einen dritten und immer noch bleibt die Menge zusammen. „Schmitthals soll kommen!" ist die Forderung der Kollegen, die mit diesem verhaßten Vertreter der Hoesch-Kapitalisten abrechnen wollen. Erst nach mehreren Versuchen gelingt es den Bonzen, die Versammlung aufzulösen.

Dieser Streik hat der Geschlossenheit und Kampfmoral der Hoesch-Kollegen einen großen Auftrieb gegeben. Einhellig wurde hinterher das Vorgehen verurteilt, durch viele isolierte Warnstreiks den Kampf zu spalten.

Auf der Sitzung der Tarifrunde vom 19. 1. konnte man dann erleben, wie provokatorisch sich die Stahl-Kapitalisten benahmen. Sie verlangten eine Lohnpause bis zum 1. Mai und wollen dann auch nur 3,5 Prozent mehr Lohn zahlen. Der IGM-Apparat hat diese Provokation praktisch hingenommen. Die Tarifkommission wird am 25. 1. fieberhaft beraten, wie sie einen derartigen Abschluß bei den Stahlarbeitern durchsetzen kann. Man kann erwarten, daß sie solche Mittel wie „Schlichtung" und Urabstimmung einsetzen werden, um ihr Ziel zu erreichen. Die Betriebszellen Hoesch unserer Partei rufen die Stahlarbeiter auf, dem IGM-Apparat eine Abfuhr zu erteilen und den Kampf in die eigenen Hände zu nehmen.

Für echte Lohnerhöhungen! Keine Lohneinbußen bei Umsetzungen! Erhöhung der Schichtzulagen!

Streikwelle in der Druckindustrie

Während sich im „Hessischen Hof" in Frankfurt die Spitzen des reaktionären Drupa-Apparats mit den Druckkapitalisten zu Gesprächen zusammenfanden, ging eine breite Streikwelle über das Land, die in mehreren Städten das Erscheinen der Zeitungen verhinderte. In München z. B. war am letzten Donnerstag keine einzige Tageszeitung auf dem Markt. Am selben Tag gingen in Frankfurt die Setzer, Drucker und Redakteure der „Frankfurter Rundschau" auf die Straße, um gegen den geplanten Rationalisierungsfeldzug der Druckkapitalisten zu protestieren.

Mit der Einführung neuer Drucktechniken wollen die Kapitalisten ihre Betriebe durchrationalisieren und die Löhne der Arbeiter kräftig drücken. Die Forderungen der Kollegen: Keiner darf entlassen werden! Kein Lohnabbau! Zur Durchsetzung dieser Forderungen wurden am letzten Freitag auch in Stuttgart und Frankfurt alle Zeitungen bestreikt. In vielen anderen Städten konnten einzelne Zeitungen gar nicht oder nur mit Notausgaben erscheinen. Ein besonders großer Erfolg war der Streik bei Springer in Kettwig, der das Erscheinen von 3,1 Millionen „Bild"-Zeitungen verhinderte.

IG Drupa-Boß Mahlein bezeichnete diese Streiks unverschämt als „Ausuferungen, die man nicht immer restlos kontrollieren kann". Er machte deutlich, daß nach einem Beschluß des Gewerkschaftsapparats die Warnstreiks in der Druckindustrie das Erscheinen der Zeitungen verzögern, nicht aber verhindern sollen. Inzwischen haben sich die Druckkapitalisten und die Drupa-Bonzen auf gemeinsame „Leitlinien" für einen neuen Tarifvertrag geeinigt. Über den Inhalt dieser Leitlinien haben sie sich bis zum Wochenende wohlweislich ausgeschwiegen.

Die Streiks der letzten Woche haben wieder klargemacht, daß die Setzer und Drucker sich nicht auf die Mahlein und Co. stützen können, daß sie den Kampf ohne und gegen den Drupa-Apparat führen müssen.

Die Hafenarbeiter sind streikbereit !

Im Tarifkampf der Hamburger und bremischen Hafenarbeiter sah sich der reaktionäre ÖTV-Apparat gezwungen, eine Urabstimmung durchzuführen, nachdem die Schlichtung 5,0 bis 5,8 Prozent ergeben hatte. Auf dieses Angebot hätten die Bonzen nicht eingehen können, denn z. B. die Bremer Hafenarbeiter hatten Lohnerhöhungen von durchschnittlich 30 Prozent gefordert und waren deshalb sowieso schon empört über die 9-Prozent-Forderung der ÖTV.

Die Urabstimmung ergab: Fast 90 Prozent für Streik! (91,9% der Stimmberechtigten hatten abgestimmt, davon 97,12% für Streik.) Sofort nach der Schlichtung schon hatten z. B. die VC- und Brückenfahrer von Halle 5 und 7 am HHLA-Burchardkai und vom Überseezentrum in Hamburg die freiwillige Mehrarbeit verweigert, und die Bremer Hafenarbeiter waren am Freitag früh entschlossen, kein Pensum mehr zu arbeiten. Sowohl der „Rote Handhaken", die Hafenzeitung unserer Partei in Hamburg, als auch „De Anstorm", die Zeitung der Parteizelle in den bremischen Häfen, hatten die Hafenarbeiter aufgefordert, den Manövern des ÖTV-Apparats entgegenzutreten und für ihre eigenen Forderungen zu streiken. Diese Extrablätter der Betriebszeitungen wurden sehr gut aufgenommen. In Hamburg klebten sich Kollegen Flugblätter an ihre Spinde. Auch in Bremen äußerten viele Kollegen ihre Zustimmung, und die angebotene Broschüre „Was will die RGO?" ging weg wie warme Semmeln.

Der ÖTV-Apparat setzt nach der Urabstimmung alles daran, einen Streik im letzten Moment zu verhindern. So wollen sie sich in der „Bedenkzeit" von 48 Stunden wieder mit dem Zentralverband der deutschen Seehafenbetriebe treffen, um sich bei etwas über sechs Prozent zu einigen. „Den Arbeitskampf abzuwenden und größere Unannehmlichkeiten für die Bevölkerung zu vermeiden" ist dabei das erklärte Ziel der ÖTV! Sie knüpft damit an die reaktionäre Propaganda der „Bild"-Zeitung an, die unter der Parole „Keine Bananen und Kaffee" gegen die kampfbereiten Hafenarbeiter gehetzt hatte.

Wortradikal wendet sich die ÖTV-Spitze an den Internationalen Transportarbeiterverband mit Bitte um Unterstützung im Streikfall, ein demagogisches und besonders zynisches Manöver, wenn man bedenkt, daß die ÖTV für die schon wochenlang streikenden amerikanischen Docker oder früher für die Kollegen in Rotterdam und Antwerpen keinen Finger gerührt hat. Im Gegenteil, gerade in der Zeit des Streiks in den ausländischen Nordseehäfen haben die deutschen Hafenkapitalisten durch das Stillhalten der ÖTV besonders hohe Profite machen können.

Die Betriebszellen der Partei in Bremen und Hamburg haben am Montag die Kollegen aufgerufen, den betrügerischen Manövern der ÖTV-Bonzen nicht zu trauen und am Streik festzuhalten.

DKP hetzt gegen revolutionäre Listen

Wer ist hier der Spalter?

Die diesjährigen Betriebsratswahlen stehen im Zeichen schwerer Angriffe der Kapitalisten auf die Arbeiter und unteren Angestellten. Die Wirtschaftskrise verschärft sich weiter. Große Entlassungsfeldzüge sind im Gange. Mit rücksichtslosem Rationalisierungsterror verschärfen die Kapitalisten die Ausbeutung in den Betrieben. In den Tarifrunden versuchen sie, die Reallöhne weiter herunterzudrücken. Angesichts dieser Lage ist es um so wichtiger, die Betriebsratswahlen zu nutzen, um die Kampfkraft der Belegschaften, die Einheit der Arbeiter auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Interessen zu stärken. Deshalb tritt die KPD/ML dafür ein, daß klassenkämpferische und revolutionäre Betriebsräte aufgestellt und gegen den Terror der Unternehmer und ihrer Handlanger gewählt werden.

Es sind allerdings nicht nur die Unternehmer selbst, die eine Höllenangst davor haben, daß standhafte und unbestechliche Vertreter der Belegschaften in die Betriebsräte eindringen. Genauso fürchtet sich vor dieser „Gefahr" auch der reaktionäre DGB-Apparat sowie die mit ihm verbundenen völlig korrupten und karrieresüchtigen Betriebsratscliquen. Denn es graut ihnen davor, daß durch Betriebsratsmitglieder, die konsequent für die Interessen der Kollegen kämpfen, ihre „vertrauensvolle Zusammenarbeit" mit den Unternehmern gestört wird und daß ihre diversen Schiebereien und dunklen Machenschaften ans Tageslicht gezogen werden.

Wie immer, wenn die Gewerkschaftsbonzen „Schwierigkeiten mit der Basis" haben, weil diese sich gegen den Ausverkauf der Arbeiterinteressen wehrt und gegen die Verrätereien des DGB-Apparats rebelliert, finden sie treue Helfer und Bundesgenossen in den revisionistischen Führern der DKP. Selbst eng verbunden mit dem DGB-Apparat und seiner Politik des Verrats an den Forderungen und Kämpfen der Arbeiterklasse, springen diese angeblichen „Kommunisten", die in Wirklichkeit die übelsten Antikommunisten und Arbeiterverräter sind, eilig in die Bresche und betreiben eine wilde Hetze gegen klassenbewußte und revolutionäre Gewerkschafter. Sie verleumden skrupellos jeden ernsthaften Versuch, bei den Betriebsratswahlen eine Politik im Interesse der Arbeiter und gegen den Verrat des DGB-Apparats zu machen.

Ihre Hauptmasche ist es dabei, ein demagogisches Geschrei nach „Einheit" zu veranstalten und die Kollegen, die in Opposition gegen die DGB-Bonzen für die Stärkung der Kampffront der Arbeiterklasse eintreten, als „Spalter", „Linkssektierer" usw. zu diffamieren. Wir entgegnen den Herren Mies, Gauthier, Polikeit und Konsorten: Ihr habt es gerade nötig! Die abscheulichsten Spalter der Arbeiterbewegung seid doch gerade ihr selbst, zusammen mit euren Kumpanen, den Vetter, Loderer, Klunker und ihren Unteroffizieren im Gewerkschaftsapparat!

Jetzt, wo die Kapitalisten und die Regierung einen Angriff nach dem anderen gegen die elementarsten Interessen der Arbeiterklasse starten, wo Krise und Arbeitslosigkeit immer drückender auf den Werktätigen lasten, wo das kapitalistische System seine totale Arbeiterfeindlichkeit in aller Deutlichkeit zeigt, jetzt ist es wichtiger denn je, um die Einheit der Arbeiter zu kämpfen, damit den Kapitalisten echte Schläge beigebracht werden können. Aber wer versucht denn die Arbeiter vom Kampf für ihre Interessen abzuhalten? Wer wiegelt denn die Streiks ab? Wer verhindert denn wirkungsvolle Kampfaktionen gegen Massenentlassungen? Wer stimmt denn im Betriebsrat oder als „Arbeitnehmervertreter" in den mitbestimmten Aufsichtsräten den Entlassungen und Krisenangriffen der Kapitalisten zu? Wer predigt denn eine „Lohnpolitik mit Augenmaß" und die Rücksichtnahme auf die „wirtschaftliche Lage", d. h. auf die Profitgier der Kapitalisten? Wer verschaukelt die Kollegen in den Tarifrunden und versucht mit tausenderlei hinterhältigen Schachzügen jeden konsequenten Lohnkampf schon im Keim zu ersticken? Sind das etwa die revolutionären Gewerkschafter, die klassenbewußten Kollegen, denen die Streikbruchpolitik des DGB bis oben hin steht? Die revolutionären Betriebsräte der RGO? Die Kommunisten und klassenkämpferischen Kollegen, die die DGB-Bonzen unter dem Beifall der DKP mittels der Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus der Gewerkschaft werfen lassen und die oft genug parallel dazu von den Kapitalisten aus den Betrieben geworfen werden?

Die DKP predigt das Eintreten für gewerkschaftliche „Einheitslisten". Einheitslisten — ein schönes Wort! Wie sieht es in vielen Fällen jedoch damit aus? Typisch ist z. B. der Fall des revolutionären (inzwischen von den Kapitalisten entlassenen) Betriebsrats Gerd Coldewey. Er kandidierte als bekannter Kommunist zunächst auf der Einheitsliste der IGM. Drei Tage bevor die Vorschlagsfrist abgelaufen war, wurde Gerd plötzlich von der Liste gestrichen. Die schmutzige Rechnung der Bonzen ging allerdings dank der Solidarität der Arbeiter nicht auf. Gerd kandidierte nun auf einer eigenen revolutionären Liste. Er erhielt 30 Prozent der abgegebenen Stimmen!

So sieht es wirklich aus mit dem Eintreten der DGB-Bonzen für die Einheit! Nichts als Heuchelei und Demagogie. In den meisten größeren Betrieben kommt sowieso nur auf die Listen der IGM, wer den Bonzen in den Kram paßt und wen sie nicht als klassenkämpferisch und unbestechlich einschätzen. In Wahrheit können wirkliche Einheitslisten nur gegen die Intrigen und den Widerstand des DGB-Apparats erzwungen werden. Und wo die Belegschaft bereit ist, echte Einheitslisten gegen die Machenschaften der Bonzen durchzusetzen, da werden wir, wird die KPD/ML und die RGO, sie dabei unterstützen.

Um ihrem scheinheiligen Einheitsgeschrei und ihrer verlogenen Hetze gegen die revolutionären Gewerkschafter einen linken Anstrich zu geben, greifen Mies und Co. zu einem besonders miesen Trick: Sie werfen die Kollegen, die für revolutionäre oder klassenkämpferische Listen eintreten, in einen Topf mit offen kapitalistenfreundlichen Cliquen wie den CDU-Sozialausschüssen, den christlichen Gewerkschaften usw. Aber die DKP soll sich doch nicht einbilden, sie könne die Arbeiter für dumm verkaufen!

Die Kollegen, die mit KPD/ML-Genossen oder mit anderen revolutionären Kollegen zusammenarbeiten, die unsere kommunistischen Betriebszeitungen kennen oder das Programm der RGO —, sie wissen sehr genau, wer im Kampf gegen die Kapitalisten fest an ihrer Seite steht, auf wen sie sich verlassen können, wenn es hart auf hart geht. Sie haben selbst die Erfahrung gemacht, daß die Kommunisten und Revolutionäre kompromißlos die Interessen der Arbeiter verteidigen, während auf der anderen Seite der Barrikade mit den Kapitalisten zusammen nicht nur die Funktionäre der CDU-Arbeitergruppen und ähnliche offene Reaktionäre stehen, sondern auch die Bonzen des DGB-Apparats und die DKP-Führer.

Revolutionäre Betriebsräte berichten



Anne Fleischel, revolutionäre Betriebsrätin bei KHD.

Im April 1975 wurden ich und noch ein weiterer Roter Betriebsrat bei KHD Köln von 600 Kollegen in den Betriebsrat gewählt. Das waren 8% der abgegebenen Stimmen für die Rote Liste. Als Listenführerin war ich den meisten Kollegen von den Betriebsversammlungen her als Kommunistin bekannt. Vor allem fand es dabei ihre Zustimmung, daß ich den Verrat der reaktionären Betriebsräte, ihre Zusammenarbeit mit der Geschäftsleitung gegen die Kollegen angriff.

Denn die Bleffert-Clique war bei vielen Kollegen verhaßt, besonders nachdem sie den Weihnachtsgeldstreik abgewürgt hatte, bei dem die Kampfbereitschaft sehr groß war und fast eine Woche lang gestreikt wurde. Es gelang uns daher leicht, auch mit Hilfe von Kollegen, 150 Unterschriften zu sammeln, obwohl wir dabei natürlich vorsichtig vorgehen mußten, um nicht bevor der Kündigungsschutz in Kraft trat entlassen zu werden. Wir gaben die Liste erst am letzten Tag der Abgabefrist ab. Als wir unsere Liste einreichten, geriet der Wahlvorstand ganz aus dem Häuschen. Damit hatte er wohl nicht gerechnet. Das Betriebsratsbüro glich an diesem Tag einem Bienenstock. Der IGM-Ortsbevollmächtigte Schwarting reiste persönlich an. Dann starteten sie alle möglichen Manöver, um die Aufstellung und Wahl der Liste zu verhindern. Die Vertrauensleute wurden mit einem Schreiben herumgeschickt, in dem die Kollegen unter der Drohung des Gewerkschaftsausschlusses aufgefordert wurden, ihre Unterschrift zurückzuziehen.

Wir sollten auch noch Extra-Auflagen erbringen, die gar nicht im Wahlausschreiben vorgesehen waren. Im Zusammenhang mit der Erfüllung dieser Auflagen bekamen zwei unserer Kandidaten Verwarnungen, weil wir uns nicht noch mal vom Betriebsrat aus abgemeldet hatten. Aber wir hatten von Anfang an mit solchen Manövern gerechnet, die Unterschriften sehr sorgfältig gesammelt, sogar 50 mehr als erforderlich. Von daher konnten wir die Auflagen erfüllen, und unsere Liste stand. Nachdem die Reaktionäre es nicht hatten verhindern können, daß wir zur Wahl standen, entfachten sie eine wüste Hetze gegen uns. Im Vertrauensleutekörper zogen sie über uns her als Chaoten, Faschisten und dergleichen mehr. Ein Ergebnis allerdings war, daß ein fortschrittlicher V-Mann, der darüber sehr empört war, zu uns kam und uns seine Unterstützung anbot.

In mehreren Abteilungen wurden vom Wahlvorstand Abteilungsversammlungen durchgeführt, angeblich zur Information über die Betriebsratswahl. Tatsächlich wurde auch dort gegen uns gehetzt, daß wir uns nicht an der Persönlichkeitswahl beteiligen, uns hinter einer anonymen Liste verstecken würden usw. Bei mir im Schlepperbau ließen die Kapitalisten sogar eine 3/4 Stunde lang die Bänder abstellen. Ein türkischer Gewerkschaftssekretär redete auf die türkischen Kollegen ein, ja die Liste 1 (IGM) und nicht die Liste 4 (Rote Liste) zu wählen. Aber auch da kamen hinterher viele Kollegen zu mir und sagten: „Jetzt erst recht Liste 4. Wenn die so einen Aufstand machen, muß ja was dran sein."

Am Tag der Wahl zeigte sich dann, daß sie den Willen der Arbeiter nach klassenkämpferischen, revolutionären Betriebsräten nicht hatten kleinkriegen können. 600 Stimmen für die Rote Liste, das war ein großer Erfolg, vor allem, da noch die „Metaller"-Liste, die auf der Oppositionswelle gegen Bleffert schwamm und drei „Karriere-Listen" kandidierten. Insgesamt wählte nur noch die Hälfte der Arbeiter die IGM-Liste.

ÖTV-Tarifrunde

Arbeiter und Angestellte fordern mehr als 7,5%

In Kassel unterstützen die Genossen der Partei am Stadtkrankenhaus den Kampf der Mitglieder der ÖTV für eine echte Lohnerhöhung. Vor einiger Zeit hat der Hauptvorstand der ÖTV den Mitgliedern der Gewerkschaft „empfohlen", in der Tarifrunde dieses Jahres nicht mehr als 7,5% zu fordern. Der ÖTV-Apparat will den Kollegen die 7,5%-Forderung mit allen Mitteln aufzwingen. Aber die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes haben andere Forderungen. Sie wissen, daß die 7,5%-Forderung des Gewerkschaftsapparates nur der erste Schritt zu einem Lohnraubabschluß ist. Fast überall ist deshalb die Empörung und die Unzufriedenheit der Mitglieder der ÖTV groß. In vielen Orten hat bereits der Kampf gegen den ÖTV-Apparat für höhere und Festgeldforderungen begonnen.

Unmittelbar nachdem ÖTV-Chef Kluncker die 7,5%-Forderung aufgestellt hatte, erschien am Standkrankenhaus in Kassel ein Extrablatt der Betriebszeitung der KPD/ML, „Kämpfende Station". Die Genossen schreiben:

„Schon seit einigen Jahren gibt es bei sehr vielen Mitgliedern die Forderung nach einem einheitlichen Festbetrag für alle Beschäftigten. So haben die Vertrauensleute- und Mitgliederversammlungen dies auch im vergangenen Jahr dadurch unter Beweis gestellt, daß von ihnen mehrheitlich Festbeträge, die zwischen 170 DM und 250 DM lagen, aufgestellt wurden." Auch in diesem Jahr „haben auf verschiedenen Stationen die Diskussionen um die Tarifrunde schon begonnen. Dabei sind unterschiedliche Beträge zwischen 200 DM und 250 DM als Forderungen genannt worden. Zwei Dinge sind ebenfalls bei allen uns bekannten Gesprächen herausgekommen:

1. Es muß eine Festgeldforderung sein!

2. Wir müssen in diesem Jahr mehr fordern, da uns die lächerlichen 5,3% vom letzten Jahr nur eine Reallohnsenkung gebracht haben."

Kurze Zeit darauf fand am Stadtkrankenhaus eine Vertrauensleuteversammlung statt, auf der sich zeigte, daß die Forderungen der Arbeiter und Angestellten nur im Kampf gegen den arbeiterfeindlichen ÖTV-Apparat aufgestellt werden können. Auf der Sitzung selbst stellten zwei Vertrauensleute die Forderung nach 200 DM mehr für alle auf. Der Funktionär der ÖTV-Kreisverwaltung Zill hetzte wie wahnsinnig gegen diese Forderung. Mit der größten Unverschämtheit bezichtigte er die Arbeiter und Angestellten der unteren Lohngruppen sogar, „neidisch" auf ihre besser verdienenden Kollegen zu sein. Eine Prozentforderung, so Zill außerdem offenherzig, könne besser den gehobenen Lebensstandard der Mehrverdienenden abdecken. Er konnte sich aber nicht ganz durchsetzen. Die Versammlung beschloß einen Kompromiß: 7%, mindestens aber 200 DM für alle.

Gleichzeitig sprachen sich die Vertrauensleute für eine Mitgliederversammlung aus, die endgültig über die Forderung entscheiden sollte. Weil Zill wußte, daß er dort wahrscheinlich eine Niederlage erleiden wird, lehnte er eine Mitgliederversammlung mit dem fadenscheinigen Argument ab, er und auch andere Vertreter der Kreisverwaltung hätten keine Zeit, dorthin zu kommen.

Aber die Mitglieder der ÖTV haben sich diese Frechheit nicht bieten lassen. Die Gewerkschaftsgruppe am Stadtkrankenhaus hat noch am gleichen Tag beschlossen, eine Unterschriftensammlung für eine Mitgliederversammlung spätestens bis zum 31. Januar durchzuführen.

Die Partei hat diese Forderung mit einem Extrablatt unterstützt und die Kollegen dazu aufgerufen, den Kampf für eine wirkliche Lohnerhöhung in ihre eigenen Hände zu nehmen.

Zu den rechtlichen Bestimmungen für die Betriebsratswahl (Teil 4)

Mehrheitswahl oder Listenwahl

Mehrheitswahl

Gibt es bei gemeinsamer Wahl (Arbeiter und Angestellte wählen zusammen) nur eine Kandidatenliste bzw. bei Gruppenwahl (Arbeiter und Angestellte wählen getrennt) für jede der beiden Gruppen nur jeweils eine Kandidatenliste, dann findet eine Mehrheitswahl statt. Das bedeutet: Man wählt nicht eine Liste, sondern einzelne Kandidaten auf der Einheitsliste. Dabei hat jeder Wahlberechtigte so viele Stimmen, wie Betriebsräte zu wählen sind (bei Gruppenwahl so viele, wie Betriebsräte auf die jeweilige Gruppe entfallen, bei gemeinsamer Wahl soviele, wie insgesamt in den Betriebsrat gewählt werden müssen). Man darf bei der Mehrheitswahl zwar weniger Kandidaten ankreuzen als zu wählen sind, nicht aber mehr. Praktisch bedeutet das für uns: Wenn z. B. zehn Betriebsräte gewählt werden können, wenn man also zehn Kandidaten ankreuzen kann, wir jedoch nur von zwei Kandidaten wissen, daß sie standhafte, ehrliche und klassenbewußte Kollegen sind, dann kreuzen wir nur diese beiden Kandidaten an. Sollte es mehr gute Kollegen auf einer Einheitsliste geben als zu wählen sind, dann kreuzen wir natürlich die besten Kollegen an, entsprechend der Anzahl der Stimmen, die wir abgeben können.

Listenwahl

Wenn es bei Gruppenwahl für eine Gruppe oder bei gemeinsamer Wahl für die gesamte Belegschaft mehrere Listen gibt, dann kann keine Mehrheitswahl stattfinden. In diesem Fall haben wir eine Listenwahl. Es werden also nicht die einzelnen Kandidaten gewählt, sondern die ganzen Listen. Jeder Wahlberechtigte kann natürlich nur eine Liste wählen, man hat also bei Listenwahl nur eine Stimme. Gibt es bei Listenwahl keine klassenkämpferische oder revolutionäre Liste, die sich auf ein gutes Kampfprogramm beruft, dann ist es nur sinnvoll, die Wahl zu boykottieren. Denn selbst wenn auf einer der Listen auch einzelne gute, kämpferische Kollegen kandidieren, wählt man doch diejenigen Kandidaten automatisch mit, die z. B. für die arbeiterfeindliche Politik des DGB-Apparats oder der DAG eintreten oder denen es nur um einen vorteilhaften Posten, nicht jedoch um die Durchsetzung der Interessen der Kollegen geht.

Wer ist gewählt?

Im Falle der Mehrheitswahl ist die Sache einfach: Gewählt sind diejenigen Kandidaten, die die meisten Stimmen bekommen haben. Bei Listenwahl wird dagegen ein kompliziertes Auszählungsverfahren angewendet, das sogenannte Höchstzahlverfahren. Entsprechend der Anzahl der zu wählenden Betriebsräte wird die Stimmenzahl, die auf die jeweilige Liste entfallen ist, jeweils der Reihe nach durch 1, 2, 3,4 usw. geteilt. Wenn nun beispielsweise zehn Betriebsräte zu wählen sind, ziehen für jede der zehn höchsten Zahlen, die dabei herauskommen, entsprechend viele Vertreter der Listen, auf die solche Höchstzahlen entfallen sind, in den Betriebsrat ein. Sind auf eine Liste z. B. drei der zehn Höchstzahlen entfallen, ziehen auch drei Vertreter dieser Liste in den Betriebsrat ein. Praktisch kommt dabei heraus, daß dem prozentualen Stimmenanteil, den eine Liste erhalten hat, auch der Prozentsatz der Kandidaten dieser Liste entspricht. Bei der Listenwahl ist im übrigen folgendes zu beachten: Kann eine Liste aufgrund der Stimmenzahl, die sie erhalten hat, weniger Kandidaten in den Betriebsrat entsenden als auf der Liste stehen, dann zählt nicht etwa die Beliebtheit oder Bekanntheit der Kandidaten, sondern die Reihenfolge der Kandidaten auf der Liste. Können beispielsweise von einer Liste mit fünf Kandidaten drei in den Betriebsrat einziehen, so sind dies diejenigen, die die ersten drei Plätze auf der Liste einnehmen. Mit der ersten Höchstzahl ist der als erster genannte Bewerber der Liste gewählt, mit der zweiten der zweite, mit der dritten und letzten Höchstzahl der Liste zieht der als dritter genannte Kandidat in den Betriebsrat ein.

GEGEN REAKTION UND

Ältere Genossen berichten aus der Zeit des Hitlerfaschismus

Wir werden es nie vergessen!

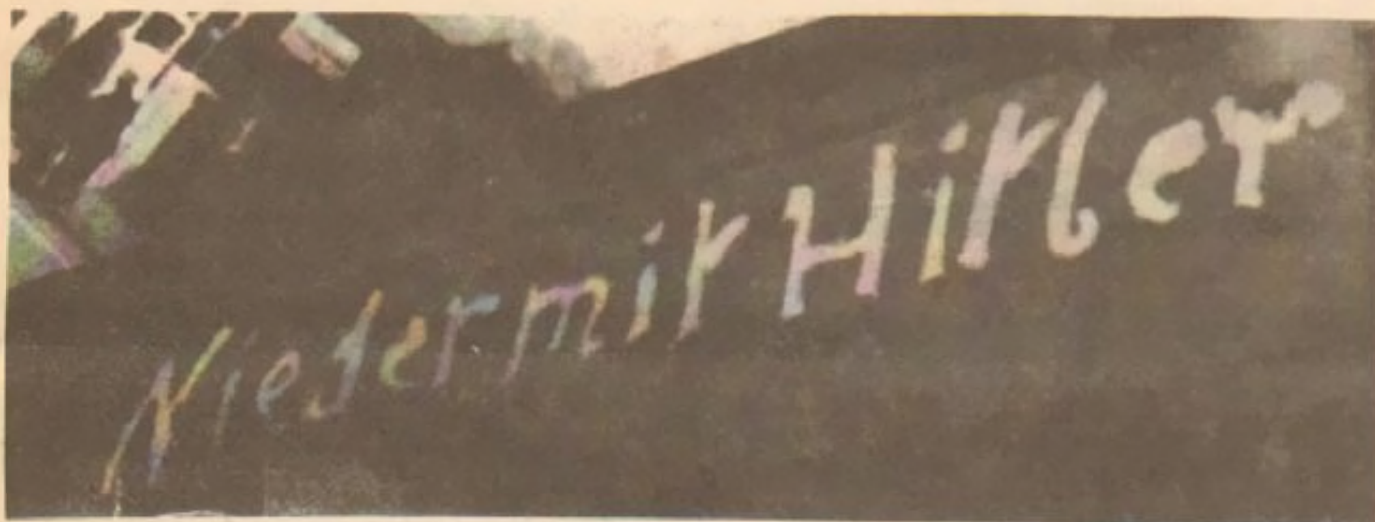
Wie sah es damals vor 33 und nach der Machtergreifung Hitlers in Deutschland aus? Welche Rolle spielte die SPD, wie setzte die KPD ihren Kampf unter der blutigen Terrorherrschaft des Hitler-Faschismus fort? Darüber berichten ältere Genossen, die diese Zeit selbst miterlebten.

7 Millionen Arbeitslose

gab es damals, Anfang der 30er Jahre, in Deutschland. Eine Genossin aus Westberlin, die diese Zeit als Kind miterlebte, berichtet: „Es war eine schwere Zeit. Die meisten Leute in unserer Umgebung hatten keine Arbeit und kaum etwas zu essen. Der arbeitslose Familienvater erhielt sieben Mark Stütze pro Woche. Davon mußte er 21 Mark Miete im Monat zahlen. Wie sollte eine Familie davon leben?" Ein Arbeiter aus Recklinghausen erinnert sich: „1931 nach der Volksschule ging ich zum Arbeitsamt wegen einer Lehrstelle oder irgendeiner Arbeit. Aber man lachte mich aus: ‚Was willst du? Arbeiten? Arbeit gibts in Deutschland nicht!'"

Der Einfluß der KPD wuchs

unter den Arbeitern und den anderen Werktätigen. Die Arbeiterbewegung nahm einen revolutionären Aufschwung. Die Entwicklung in Deutschland strebte unaufhaltsam auf die Alternative Faschismus und Krieg oder proletarische Revolution und Sozialismus zu. Der Genosse aus Herten über die Situation in seiner Stadt: „Wir waren die stärkste Partei. Bei den Wahlen 1930 hatte die KPD 4.358 Stimmen bekommen. 1.000 Stimmen mehr als die SPD. Bei den Wahlen 1932 kamen noch einige Stimmen dazu (insgesamt bekam die KPD bei den Wahlen 1930 ca. 5,5 Mio. Stimmen, 1932 ca. 6 Mio. — RM). Damals warnte ich meine Kollegen und sagte immer wieder, daß die Kapitalistenklasse zur schlimmsten Form ihrer Herrschaft greifen will, dem Faschismus." Der Genosse aus Recklinghausen: „Es kam das Jahr 33. Vorher schon gab es kleine, aber harte Kämpfe zwischen der SA, dem Reichsbanner, der SPD und der KPD. In den Arbeitervierteln hatten die Nazis trotz aller Schikanen keine Stimmen gekriegt. Aber sie hatten einen Spruch: Einen November 1918 wird es in Deutschland nicht noch einmal geben. Sie meinten damit die Novemberrevolution. Und dadurch wurden die Herren vom Rhein-Ruhr-Club auf sie aufmerksam. Sie finanzierten Hitler." — Und hievten ihn an die Macht, um mit Hilfe der offen faschistischen, terroristischen Diktatur ihre Macht gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung zu verteidigen.



Losung, von Antifaschisten an einen Pfeiler geschrieben (1941)

Wir waren bereit

schreibt uns der Genosse aus Recklinghausen. „Wir wußten, was kommen würde, und da wollten wir Widerstand leisten. Wir hatten Lastwagen bestellt. Waffen hatten wir auch, aber nur einzelne. Wir haben gewartet. Aber nachher gab es nichts..." Daß es „nichts gab", das lag vor allem an der SPD, die Illusionen über die Gefahr der faschistischen Machtergreifung schürte und alles daran setzte, den revolutionären, gewaltsamen Kampf gegen den Faschismus zu verhindern.

„Ich weiche nicht der Gewalt", tönte Severing, als Innenminister im Besitz der Polizeigewalt, vor 1933. „Und die SPD-Mitglieder sagten: ‚Wir können nicht allein. Wir müssen warten, bis der Severing was macht.'", berichtet ein Genosse aus Bochum.



Überlebende des Warschauer Getto-Aufstandes werden in die Vernichtungslager transportiert.

„Aber auch wir hatten uns getäuscht", erinnert sich ein Genosse aus Herten. „So dachten wir, als Hitler gewählt wurde: ‚In ein paar Wochen ist der wieder weg.' Ein Arbeiter aus dem Ruhrgebiet: „Ich hatte gar nicht damit gerechnet, ich konnte mir das gar nicht vorstellen, daß hier bei uns eine Terrordiktatur entsteht. Wir lasen zwar, was in Italien los war. Aber war so etwas bei uns möglich?"

Als die SA marschierte...

Es war möglich. „Als die SA-Kolonnen marschierten", erinnert sich eine Genossin aus Westberlin, „war absolute Ausgangssperre verordnet worden. Es war verboten, auch nur aus dem Fenster zu schauen. Solche Angst hatten die faschistischen Horden vor uns. Denn Köpenick war als roter Stadtteil bekannt. Als ein älterer Mann ans Fenster ging, um etwas frische Luft zu schnappen, wurde er einfach von den Nazis abgeknallt." Ein anderer Genosse: „In Gelsenkirchen war die Olgastraße eine Hochburg der KPD. Als der 30. Januar kam, wurde die Straße von der Schutzpolizei geräumt. Sie war mit Karabinern ausgerüstet, und die Polizisten standen im Abstand von fünf Metern, den Karabiner im Anschlag auf die Häuser gerichtet. Keiner durfte das Fenster aufmachen. Unter diesem Schutz konnte die SA durch die Straße marschieren. Und trotzdem flogen die Kohlenkästen, als sie heranrückten."

30 000 Kommunisten im KZ

Tausende der besten Söhne der deutschen Arbeiterklasse ermordet. Antifaschisten, Gewerkschaftler, Sozialdemokraten, Juden Opfer des blutigen Terrors des Hitler-Faschismus. Das deutsche Finanzkapital, der Drahtzieher hinter den Mörderbanden Hitlers, bewies, zu was es fähig ist, um seine Herrschaft zu sichern.

Da gab es etwa in Berlin das Sturmlokal „Demut". Die Westberliner Genossin berichtet: „Das Sturmlokal ‚Demut' war eine wahre Folterhölle. Beliebteste Foltermethode war das Einwickeln der Opfer in eine Hakenkreuzfahne. Dann droschen diese Henker wahllos auf das Bündel ein. Die Schreie der so Gemarterten drangen Tag und Nacht durch unsere Straßen und Häuser. Eines Tages war der Genosse Paul Pohle verhaftet worden. Ich sah, wie sie ihn auf der Straße packten. Sie schlugen ihn zusammen, schleiften ihn an den Haaren immer wieder die Bordsteinkante rauf und runter. Das Blut floß in Strömen. Sie ließen erst von ihm ab, als sein Körper völlig zerschunden war und die Gedärme aus seinem Leib quollen.

Aber auch jeder wurde schikaniert und sei der Anlaß noch so gering gewesen. Eine 72jährige Frau hatte auf dem Meldeamt mit ‚Guten Tag' gegrüßt. Zur Strafe mußte sie zwei Wochen lang tagtäglich auf der Wache erscheinen, dreimal ‚Heil Hitler' sagen und das Deutschlandlied mit allen Strophen absingen."

Trotz alledem

wurde Widerstand geleistet. Die Genossin aus Westberlin berichtet: „Meine Mutter war Kommunistin und arbeitete aktiv in der Roten Hilfe. Sie nahm mich öfter mit, wenn sie zu Genossen, Freunden und Bekannten ging, um Geld zu sammeln für Familien, deren Väter oder Mütter von den Nazis verhaftet, verschleppt oder ermordet worden waren. Sie hatte alle Namen und Adressen im Kopf, die Listen wurden vernichtet, damit sie nicht den Nazis in die Hände fielen. Spät abends und teilweise nachts zogen wir beide los. Wir hatten meistens auch Flugblätter dabei, die wir entweder an meinem Körper versteckt hatten oder auch z. B. in Schokoladenpapier einwickelten. Zweimal kam die Gestapo und hat Mutter geholt. Erst nach vier Wochen haben sie sie wieder laufen lassen mit gebrochenen Fingern und dem Körper voller Narben. Namen und Adressen wollten sie rauskriegen. Aber meine kleine, zierliche Mutter hat nichts preisgegeben. Kurz darauf ist Mutter gestorben... Meine Mutter stand nicht allein. So erhielt sie z. B. bei der Reichsbahn Arbeit als Schaffnerin und Kontrolleurin, obwohl sie als Rote bekannt war. Kollegen und Vorgesetzte haben sie gedeckt. Auf der Beerdigung sagte der Wagenmeister: ‚Wir haben die beste Kollegin verloren, die wir jemals gehabt haben.'"

So wie hier arbeiteten die Kommunisten überall, um das Volk im Widerstand gegen Faschismus und Krieg zusammenzuschließen. Auch im Zuchthaus und im KZ. Der Genosse aus Recklinghausen berichtet: „Kurz bevor ich aus dem Zuchthaus entlassen wurde, lud mich Pastor Bornemann, Gauleiter der NSDAP und Leiter vom Zuchthaus, vor und hielt mir vor: ‚Sie haben Arrest gehabt. Sie haben noch im Zuchthaus Propaganda gemacht!' — Haben wir auch! Einzeln haben wir Propaganda gemacht, mit ganz kleinen Flugblättern!"

Und heute?

„Wenn ich die heutige Zeit betrachte", sagt der ältere Arbeiter aus Recklinghausen, „da kann ich viel Übereinstimmung feststellen. Keine Ausbildung für die Jugend, viele Arbeitslose. Heute haben sie einen Polizisten für 400 Leute. Am liebsten würden sie hinter jeden einen stellen! Und auf wieviele Menschen kommt ein Arzt? Oder nehmen wir Stammheim. Es sind drei Menschen darin umgekommen. Darüber kann sich jeder seinen Teil denken... So wie ich es sehe, sind heute dieselben Leute am Ruder, die auch Adolf Hitler in den Sattel gehoben haben. Und die sind fähig, dasselbe noch mal zu machen!"

Tod dem Faschismus! Freiheit dem Volk!

Gegen Faschismus hilft nur Gewalt!

Einer der älteren Genossen, die uns in diesen Tagen über ihre Erfahrungen aus der Zeit des Hitler-Faschismus berichten, sagte: „Wir hatten damals den Rotfrontkämpferbund. Der war zwar verboten, aber bereit. Ich sagte damals immer wieder: ‚Was nutzen uns die 4.300 Wählerstimmen (so viel Stimmen hatte die KPD 1932 im Heimatort des Genossen bekommen — RM). Es wäre besser, es wären Karabiner. Heute würde ich genauso reagieren. Wenn die geeinte Arbeiterklasse unter Führung der KP mit Karabinern vorgeht, das würde den Faschismus verhindern."

Der Genosse hat recht. Gegen Faschismus hilft nur Gewalt. Mit papiernen Protesten und Resolutionen kann man nichts ausrichten gegen Leute vom Schlage der Krupp, Thyssen und Siemens, die bereits zweimal in diesem Jahrhundert bewiesen haben, daß sie bereit sind, Millionen und Abermillionen zu ermorden, wenn es um ihren Profit, um die Sicherung ihrer Ausbeuterherrschaft geht. Gegen die konterrevolutionäre, reaktionäre, faschistische Gewalt der Herrschenden hilft nur die revolutionäre, fortschrittliche Gewalt der Unterdrückten. **Nur wenn es sich zum gewaltsamen, revolutionären Kampf erhebt, kann das deutsche Volk die Errichtung einer erneuten faschistischen Diktatur in Westdeutschland verhindern bzw. die bestehende sozialfaschistische Diktatur in Ostdeutschland stürzen.**



Hamburg 1976: Genossen der Partei und andere Revolutionäre schlugen die Faschisten in die Flucht.

Natürlich wird ein solcher Kampf Opfer kosten. Aber kann man diese Opfer scheuen, wenn man weiß, daß dem Terror des Faschismus tausendmal mehr Werktätige zum Opfer fallen werden — „auf der Flucht erschossen"; an „Herzversagen" im KZ gestorben; in den Folterhöllen der SA oder einfach auf der Straße totgeschlagen oder zum Krüppel geprügelt; auf dem Schlachtfeld verblutet?

Denken wir an die tragischen Ereignisse in Indonesien und Chile, wo revisionistische Verräter vor den „Opfern des Bürgerkriegs" warnten und den revolutionären, gewaltsamen Kampf gegen den Faschismus sabotierten. Mit dem Ergebnis, daß dem schrankenlosen, blutigen Terror des Faschismus der Weg gebahnt wurde. Und denken wir an das kleine albanische Volk, das unter der Führung seiner kommunistischen Partei zu den Waffen griff, die gewaltige Übermacht der italienischen und deutschen Faschisten vertrieb und sich von der Herrschaft der Ausbeuter befreite. Es lebt heute in einem blühenden sozialistischen Staat, dem einzigen Land Europas, in dem Freiheit und Demokratie für die Werktätigen kein Schlagwort, sondern Wirklichkeit ist.

Aus diesen Erfahrungen müssen wir lernen. Deshalb heißt es im Programm der KPD/ML nicht nur: „Im Kampf gegen die bestehende sozialfaschistische Diktatur in der DDR und gegen die durch die fortschreitende Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates in der Bundesrepublik und Westberlin drohende Errichtung einer faschistischen Diktatur durch das westdeutsche Finanzkapital ist die KPD/ML bemüht, alle antifaschistischen Kräfte zusammenzuschließen." Sondern auch: **„Die KPD/ML betont innerhalb der antifaschistischen Bewegung die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt gegen den faschistischen und sozialfaschistischen Terror.** Der Kampf für die Verteidigung bzw. Erringung demokratischer Rechte ist von großer Bedeutung. Der Kampf gegen Faschismus und Sozialfaschismus aber darf keineswegs auf den Rahmen der bürgerlichen Demokratie beschränkt werden. Innerhalb der antifaschistischen Front propagiert die KPD/ML, daß der Kapitalismus gestürzt werden muß, um Faschismus und Sozialfaschismus endgültig mit der Wurzel auszurotten, daß wirkliche Demokratie für die Arbeiterklasse und das gesamte werktätige Volk erst die Rätedemokratie als Form der Diktatur des Proletariats bringen kann."

FASCHISMUS!

Die Partei mobilisiert für den Kampftag

Keine Woche vergeht in diesem Land, in der nicht aus irgendeiner Stadt, irgendeinem Dorf die Nachricht kommt: Wieder ist ein Werktätiger zusammengebrochen unter den Kugeln einer schießwütigen Polizei, verwundet oder erschossen. Die Todesschützen, sie sind weiter auf freiem Fuß, sie tragen weiter die Pistole im Halfter — für den nächsten Einsatz. Antifaschisten aber, Teilnehmer an Demonstrationen werden vor Gericht gezerrt, von der Klassenjustiz abgeurteilt. Und immer offener erheben die faschistischen Banden ihr Haupt, unter dem Schutz der Staatsorgane.

Viele Werktätige sagen heute: „So hat das schon einmal angefangen!" Die Empörung über den staatlichen Terror wächst. In diesen Wochen bereiten die Partei und die Rote Garde den Kampftag gegen Reaktion und Faschismus vor. Überall knüpfen die Genossen an die Empörung der Werktätigen an, greifen sie in die Kämpfe ein, die sich gegen die zunehmende Faschisierung entwickeln.

Hannover: Eine umfassende Bespitzelung der Jugendlichen plant hier die Polizei. In allen Jugendzentren sollen sogenannte Jugendpolizisten eingesetzt werden.

Dagegen organisiert die Rote Garde den **Kampf.** Die Genossen haben Flugblätter verteilt und ein Plakat geklebt. Sie zeigen, daß dieser Staat sich einen Dreck kümmert um die Probleme der Jugendlichen. Wenn sie aber kämpfen für ihre Interessen, dann hat er als Antwort parat: den Polizeiknüppel und sein Spitzelheer. Im letzten Monat sind in Hannover 600 Jugendliche auf die Straße gegangen, um gegen die Schließung eines Jugendzentrums zu protestieren. Und jetzt wollen sie in jedes Zentrum ihre Polizisten setzen. Das muß verhindert werden!

Im Frankfurter Riederwald wurde vor wenigen Wochen der Arbeiter Klaus Beinert von einem ehemaligen Staatsschutzbeamten erschossen. Die Genossen der Partei unterstützen seine Freunde und Angehörigen dabei, gegen die Lügen von Polizei und Presse die Wahrheit über diesen Terrorakt ans Tageslicht zu bringen. Sie sind am Wochenende auch zu einer Sportschau gegangen, mit der die Polizei ihr Ansehen aufpolieren will, und haben dort gegen den Polizeiterror agitiert und zur Teilnahme an der Fackeldemonstration am 30. Januar aufgerufen.

In Stuttgart sind nach wie vor mehrere türkische Antifaschisten eingekerkert, die sich gewaltsam gegen einen Angriff der Grauen Wölfe, einer faschistischen Bande aus der Türkei, gewehrt haben sollen.

Die Genossen der Partei kämpfen mit anderen Antifaschisten für die Freilassung der Kollegen und propagieren den revolutionären Zusammenschluß gegen Reaktion und Faschismus.

Das offene Auftreten der faschistischen Banden stößt auf die breite Empörung der Werktätigen. In Münster zum Beispiel hatten diese Verbrecher einen Propagandatisch aufgebaut und wollten ihre reaktionäre Hetze an den Mann bringen. Die Umgebung wimmelte von Zivilpolizisten. Trotzdem — so berichten die Genossen aus Münster — konnten sie nicht verhindern, daß der Propagandatisch von Antifaschisten umgeworfen wurde.

Um für den Kampftag am 30. 1. zu mobilisieren, sind in mehreren Orten Veranstaltungen durchgeführt worden. In Münster berichtete ein älterer Kollege über seine Erfahrungen vom Kampf gegen die Nazi-Diktatur. In anderen Städten wurden antifaschistische Filme gezeigt wie „Rotation" oder „Nackt unter Wölfen", die den Kampf der Kommunisten unter den Bedingungen des faschistischen Terrors beschreiben.

Neben dem Aufhängen der Plakate mit der Ankündigung der Fackeldemonstrationen und dem breiten Verteilen der Aufrufe machten die Genossen auch noch mit anderen Mitteln die Werktätigen auf den Kampftag aufmerksam und forderten sie zur Teilnahme auf. Im Hamburger Stadtteil Altona zum Beispiel wurde eine Straßenszene aufgeführt, in der das Zusammenarbeiten der Polizei mit den Faschisten dargestellt wurde. Viele Menschen blieben stehen, um sich die Szene anzusehen. Während der Aufführung flatterten kleine Flugzettel von einem Gebäude auf die Straße, auf denen der Freispruch für den angeklagten Antifaschisten Klaus Reese gefordert und zum Fackelzug aufgerufen wurde.

Wie in Hamburg, so brachten auch in den anderen Orten die Werktätigen den Aktivitäten der Partei und der Roten Garde Sympathie entgegen. Viele unterstützten nachdrücklich den Kampf gegen Reaktion und Faschismus. Sie wollen kein neues 33, und mancher, der mit Sorge sieht, daß der Bonner Staat wieder darauf zusteuert, ist bereit, mit der Partei dagegen zu kämpfen.

Freispruch für den Hamburger Antifaschisten!

Die Große Hamburger Strafkammer mußte den Genossen Klaus Reese am 20. Januar freisprechen! Dieses Urteil ist eine schwere Niederlage für Polizei und Staatsanwalt, die nun schon seit mehr als drei Jahren versuchen, den Antifaschisten hinter Gitter zu bringen. Zugleich aber ist der Freispruch ein Beweis dafür, daß die kämpferische Solidarität aller Antifaschisten Erfolge gegen die Klassenjustiz durchsetzen kann!

Es ist nun schon 3 1/2 Jahre her. Am 12. Mai 1974: Die Faschisten der NPD riefen zu ihrem Landesparteitag in der Bernadottestraße in Altona auf. Für die KPD/ML war klar: Dieser Provokation mußte entgegengetreten werden.

Unter der Parole „Tod dem Faschismus! Nieder mit der braunen Pest!" kämpfte die Partei gegen die Provokation der NPD. Sie stürmte gegen die Polizeiketten an, hinter denen sich die Faschisten verbargen. Kein Demonstrant konnte festgenommen werden.

Diese Schlappe wollten sie nicht auf sich sitzen lassen. Es ist ja bekannt, daß der Staatsapparat schwarze Listen mit Kommunisten und anderen fortschrittlichen Menschen führt. Eine solche Liste wurde nun den eingesetzten Polizisten vorgelegt. Vierzehn Tage nach der Aktion: Der Polizist Brackrogge erkannte einen ehemaligen Mitschüler wieder — unseren Genossen Klaus — und behauptete frech, ihn bei der Demonstration gesehen zu haben. Klaus war nicht dabei gewesen. Die Staatsanwaltschaft zimmerte dennoch eine Anklage zusammen aus schwerem Landfriedensbruch, Körperverletzung und Widerstand gegen die Staatsgewalt.

Das Gericht mußte den Genossen in der ersten Instanz freisprechen. Der Staatsanwalt ging in die Berufung.

In der jetzigen zweiten Verhandlung führte dieser Kommunistenhasser dreizehn Polizisten auf, obwohl nur zwei davon Klaus überhaupt gesehen haben wollen. Die Polizisten wurden nach eigener Aussage auf diesen Prozeß vorbereitet. Im Klartext: Ihre Aussagen waren abgesprochen. Der Richter gab sich dabei die größte Mühe, ihnen zu helfen. So legte er dem Einsatzleiter der Polizei durch seine Fragestellung die Antwort in den Mund, damit er sich vier Jahre danach genau an Einzelheiten erinnerte, die Klaus belasten sollten. Dennoch widersprachen sich auch dieses Mal die „Zeugen" völlig. So hielt der Polizist Brackrogge vier Jahre lang bis zum zweiten Prozeßtag der Berufungsverhandlung an der Version fest, er habe Klaus erst nach den Auseinandersetzungen gesehen. Am 9. Januar kann er sich plötzlich erinnern, er hätte ihn vor der Auseinandersetzung gesehen, danach nicht mehr.

Der Staatsanwalt forderte auch in diesem Prozeß zehn Monate auf Bewährung für den Genossen Klaus. Das Gericht allerdings mußte ihn freisprechen, Konkretes sei nicht nachzuweisen. An allen Prozeßtagen war der Gerichtssaal voll. Etwa 30 Zuschauer verfolgten jedesmal mit großem Interesse den Prozeß. Sie waren empört über den Versuch, einen Antifaschisten und Kommunisten allein aufgrund seiner Gesinnung hinter Gitter zu bringen. Die Partei und die RHD feierten den Freispruch noch am gleichen Tag.

Veranstaltungen zum Kampftag gegen Reaktion und Faschismus

DORTMUND

Bielefeld: 30. 1., 20 Uhr. Ort bitte im Parteibüro erfragen.
Bremen: 30. 1., 20 Uhr, Gaststätte „Weidenhöfer", Grenzwehr, Bremen-Osterholz.
Be. Nordstadt: 27. 1., 19 Uhr, „Zum Wildschütz", Österholzstraße. 60.
Essen: 28. 1., 16 Uhr, „Bürgerstuben", Bocholterstr. 5. Es wird der antifaschistische Spielfilm „Nackt unter Wölfen" gezeigt.
Frankfurt: 27. 1., 19.30 Uhr, Volksbildungsheim, Eschersheimer Turm.
Freiburg: 30. 1., 20 Uhr, Hotel Sonne, Baseler Straße
Hamburg: 28. 1., 19 Uhr, „Jarrestadt", Jarrestraße, Barmbek.
Hannover-Linden: Veranstaltung der Roten Garde, 28. 1., „Hurlebuschecke", Allerweg 13. Thema: „Polizeiterror und Jugendpolizisten". Es wird der Film „Rotation" gezeigt.
Heilbronn: 27. 1., 19.30 Uhr, „Ernst-Thälmann-Keller", Holzstraße 12.
Kassel: 30. 1., 19.30 Uhr, Kleingartenverein, Mattenberg, Mattenbergstraße
Köln: 28. 1., 16 Uhr im Kino „Lux", Leverkusen-Wiesdorf, Hauptstraße 135. Es wird der Film „Rat der Götter" gezeigt.
Konstanz: 30. 1., 19.30 Uhr, „Engstlers-Restaurant", Marktstätte.
Minden: 27. 1., 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Stern", Hahler Straße/Sandstraße. Es wird ein antifaschistischer Film gezeigt.
Neumünster: 27. 1., 19 Uhr, „Ratsherrenklause", gegenüber der Holstenhalle. Es wird der Sascha-Film gezeigt.
Rüsselsheim: 28. 1., 19.30 Uhr, „Zum Burggrafen", Friedrich-Ebert-Straße.
Schleswig: 29. 1., 16 Uhr, „Handwerkerhaus", Lollfuß.
Westberlin: Jugendtreff der Roten Garde, 28. 1., 16 Uhr, in den Räumen der Roten Garde, Kreuzberg, Forsterstr. 3. Thema: „Tod dem Faschismus". Es wird ein Film gezeigt.
Wuppertal: 29. 1., 17 Uhr, Wuppertal-Elberfeld, Gaststätte „Haus Panten", Ernststraße 15.

Itzehoe: Verfahren gegen die Polizei eingestellt!

Die Staatsanwaltschaft Itzehoe hat das Ermittlungsverfahren gegen die Polizisten, die unseren Genossen Bernd Woitalla bei der Demonstration in Brokdorf im November 1976 lebensgefährlich verletzt haben, endgültig eingestellt. Die Polizei auf dem Baugelände hatte Bernd mit einem Stein so schwer am Kopf getroffen, daß er eine Hirnverletzung und eine schwere Sprachstörung erlitt, die erst nach Jahren behoben sein wird.

Obwohl die Staatsanwaltschaft zwei Augenzeugen gehört hatte, die unabhängig voneinander Ort, Zeit und Richtung des Steinwurfs angeben konnten und Polizeibeamte in Uniform als Täter erkannt hatten, stellte der Generalstaatsanwalt das Verfahren mit der Begründung ein, die Täter seien nicht zu ermitteln. Einzelne Polizeibeamte wurden erst gar nicht vernommen. Dem Staatsanwalt reichte die dienstliche Äußerung der Zugführer und des Führers der in Brokdorf eingesetzten 5. Hundertschaft der Bereitschaftspolizei, sie hätten keine Steinwürfe von Polizeibeamten beobachtet. Diese Niederschlagung eines Verfahrens beweist wieder einmal den Klassencharakter der Justiz. Doch der Terror der Polizei wird nicht unbeantwortet bleiben!

Hannover: „Schutzhaft" gegen die Grohnde-Demonstranten

Nachdem am 13. und 16. Januar zwei der Angeklagten nicht zum Prozeßtermin erschienen waren, erließ der Richter der Grohnde-Prozesse Haftbefehl gegen alle Angeklagten. In „normalen" Prozessen ist es üblich, einen „Vorführungsbefehl" zu erlassen, d. h. den Angeklagten kurz vor seinem nächsten Prozeßtermin festzunehmen und vorzuführen. Haftbefehl jedoch heißt, daß die Angeklagten die ganze Zeit bis zum Ende des Prozesses, bei einigen erst im April, in Untersuchungshaft sitzen. Das bedeutet, daß der Gefangene nur mit seinem Rechtsanwalt und nicht mehr mit Besuchern und in Briefen über den Prozeß reden darf. Das Erlassen des Haftbefehls zeigt, daß die bürgerliche Klassenjustiz unter Umgehung ihrer eigenen Gesetze alles daran setzt, die Prozeßvorbereitung der Angeklagten massiv zu behindern. Die dabei angewandten Methoden erinnern stark an die Schutzhaft zur Zeit des Faschismus. Der KSB/ML Hannover hat mit einem Flugblatt auf diese Provokation reagiert und zur Solidarität aufgerufen.

Freiheit für alle Grohnde-Demonstranten!

Am Samstag, den 21. 1. demonstrierten mehr als 1.500 Menschen in Hannover gegen diese Prozesse.

München: Volker Nieber wieder vor Gericht

Die Klassenjustiz mußte Genossen Volker Nieber im letzten Jahr in zweiter Instanz freisprechen. Sie konnte ihm nicht nachweisen, am Roten Antikriegstag 1972 beteiligt gewesen zu sein. Doch sie läßt nicht locker. Genosse Volker berichtet: „Gegen den Freispruch hatte die Staatsanwaltschaft Revision eingelegt und die Aufhebung des Urteils verlangt. Das Bayrische Oberste Landesgericht ließ sich viel Zeit und verhandelte erst am 12. 1. 78. Vielleicht rechneten sie darauf, daß die damalige Solidarität abnimmt.

Die ganze Revisionsverhandlung dauerte nur eine halbe Stunde. Das Urteil lag schon vorgefertigt und geschrieben auf dem Richtertisch, die Hauptverhandlung war also nur eine formaljuristische Farce. Mündlich wurde folgendes Urteil verkündet: Der Freispruch vom 20. 5. 77 wird aufgehoben, die Sache wird zur erneuten Verhandlung zurückverwiesen.

Stattgegeben wurde der Revision mit der Begründung der Staatsanwaltschaft. Sie hatte behauptet, es sei ein Formfehler des Verfahrens gewesen, daß der Genosse Klaus Kercher nicht als Zeuge vernommen worden ist. Er hätte, laut Staatsanwalt, aussagen müssen, mit mir eingehakt in der ersten Reihe beim Sturm auf das Karlstor vorgegangen zu sein. Nach seiner Verurteilung steht dem Genossen Klaus kein Aussageverweigerungsrecht mehr zu. Wenn er nicht aussagen will, drohen ihm hohe Geldstrafen oder sogar Beugehaft bis zu einem halben Jahr! Sie wollen also Genossen gegeneinander ausspielen, um mich jetzt doch noch verurteilen zu können!

Daß es sich hierbei um ganz offene Klassenjustiz handelt, zeigt sich auch daran, daß der Staatsanwalt im Prozeß überhaupt nicht Klaus Kercher als Zeugen beantragt hat und jetzt trotzdem mit seiner Versäumnisrüge Recht bekommt. Die Begründung des Staatsanwalts, warum er damals Klaus nicht als Zeugen verlangt hat, war: Für die Staatsanwaltschaft sei es völlig selbstverständlich klar gewesen, daß ich verurteilt werde, und sie habe daher weitere Zeugen für überflüssig gehalten.

Hätten wir mal eine Revision damit begründen sollen, daß wir einen Entlastungszeugen nicht benannt haben und daß dies ein Versäumnis des Gerichtes sei — die hätten sich wahrscheinlich totgelacht und die Revision als ‚offensichtlich unbegründet' verworfen. Worauf sie hinauswollen, ist ganz deutlich. Als ich nach der Verhandlung in dem Geschäftszimmer des Bayrischen Obersten Landesgerichts war (wo sie mich nicht kannten), sagte es einer dieser Typen: ‚Der Bursche, dieser Nieber, der wird jetzt verknackt!' Die Neuauflage des Prozesses in München wird wahrscheinlich wieder im Mai sein. Die Herren bilden sich ein, daß sie mich sechs Jahre nach dem Roten Antikriegstag 72 leichter verurteilen können als fünf Jahre danach. Aber wir werden diesen Angriff gebührend beantworten!"

Göttingen: Angriff auf das politische Mandat der Studenten

Mit einer Geldstrafe endete in Göttingen der erste Prozeß gegen frühere Mitglieder des Allgemeinen Studentenausschusses (AStA) dieser Universität. Ihnen wurde vorgeworfen, Gelder „satzungswidrig" für politische Zwecke ausgegeben zu haben. Darunter ein Zuschuß für Busfahrten von Atomkraftwerksgegnern, eine Unterstützung für die Zahlung von Gerichtskosten studentischer Hausbesetzer usw. Dies habe mit studentischen und hochschulpolitischen Zielen nichts zu tun. „Eine Hausbesetzung ist ein illegaler Akt, dessen Unterstützung nicht mehr mit den Aufgaben der Studentenorgane zu vereinbaren ist", argumentiert die Klassenjustiz.

Diese Begründung der Anklage zeigt deutlich auf, daß sich dieser Prozeß gegen das politische Mandat der Studentenschaft richtet, daß die Justiz auf dem Umweg über die Finanzen verhindern will, daß sich die studentischen Vertreter zu Problemen der Politik äußern und sich mit den Kämpfen des Volkes solidarisch zeigen. Was „Allgemeinpolitik" ist, bestimmen die Richter und die Politiker in Bonn. So hat niemand etwas dagegen, wenn der VDS eine erwünschte „Anti-Terroristen-Erklärung" abgibt. Aber wenn sich Vertreter der Verfaßten Studentenschaft mit dem Kampf der Werktätigen solidarisch zeigen, dann werden Richter und Staatsanwälte aktiv.

Der Prozeß gegen die Göttinger AStA-Mitglieder ist Bestandteil der Kampagne der Regierung, durch das Hochschulrahmengesetz und die Landeshochschulgesetze die politische Unterdrückung an unseren Hochschulen zu verschärfen, ein Klima der Einschüchterung und Disziplinierung zu erreichen. Allerdings haben die Kämpfe im November und Dezember demonstriert, daß die Studenten sich das Recht auf ihre politische Meinung und ihre Organisierung nicht nehmen lassen werden.

Neue Pistolen für die Polizei

Mit neuen Pistolen werden in den nächsten Monaten der Bundesgrenzschutz und die Polizei ausgerüstet. Statt der bislang gebräuchlichen Waffen vom Typ Walther (7,65 mm) werden sie künftig eine großkalibrige (9 mm) Pistole vom Typ Sauer im Halfter tragen. 100 Millionen aus unseren Steuergeldern werden dafür ausgegeben, damit die bewaffneten Organe des Bonner Staates über Waffen verfügen, die — wie es heißt — „noch schneller und wirkungsvoller" sind.

Noch schneller? Konkret heißt das: Die Sauer P 225 muß vor dem Schießen nicht mehr entsichert werden. Ziehen und losballern — so schnell soll das künftig gehen, wenn wieder einmal einer aus dem Heer der beamteten Todesschützen zur Waffe greift.

Noch wirkungsvoller? Die Walther — so erläutern es die Polizeiexperten — hatte einen Nachteil: Das kleinkalibrige Geschoß durchschlug oft den Körper des Opfers, es wirkte nicht „mannstoppend". Auf deutsch: Es kam oft vor, daß ein solches Opfer der Bonner Polizei noch lebte. Und dem soll jetzt abgeholfen werden. Denn die neuen Waffen sind mit Deformationsgeschossen ausgestattet, mit denen die erwünschte „Mannstopp-Wirkung" erzielt werden kann. Da gibt es dann keinen glatten Durchschuß mehr, da werden dann große Wunden gerissen, lebenswichtige Organe zerstört.

Wenn also mit der neuen Waffe zum „Rettungsschuß" angesetzt wird, wie die Bonner Sprachregelung zynisch den gezielten Todesschuß nennt, dann wird so leicht keiner überleben.

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

„Der Archivbereich von 1933 ist nicht zugänglich."

Mit großem Interesse las ich den Artikel im „Roten Morgen" über den 30. Januar. Ich machte mich auf den Weg, um selber herauszubekommen, was in unserer Stadt 1933 geschah. Mir war bekannt, daß viele Arbeiter und Kommunisten schon tot sind, im Krieg gestorben oder von den Faschisten damals umgebracht wurden. Ich begab mich also u. a. zum Stadtarchiv der Stadt Herten. Dort waren, wie ich hörte, sehr viele Unterlagen vorhanden. Als ich mein Anliegen vortrug, bat man mich, Platz zu nehmen, die verantwortliche Frau begab sich fort, es dauerte einige Zeit bis sie wiederkam. Die Antwort war: „Der Archivbereich von 1933 ist nicht für die Öffentlichkeit zugänglich." Ich drückte meine Unzufriedenheit über solch eine Antwort aus und bekam zur Antwort: „Sie können ja zum Stadtdirektor oder zum Bürgermeister gehen, aber da bekommen Sie die gleiche Antwort!" So ist das also: Die Öffentlichkeit, die Werktätigen dürfen nichts über die Morde und Verbrechen der Faschisten erfahren.

Genosse aus Herten

Dafür mußten fünf Menschen sterben!

Vor wenigen Wochen kam es auf der Landstraße zwischen unserer Stadt und einem nahegelegenen Dorf zu einem schweren Unfall, ein LKW und ein PKW stießen in einer Kurve frontal zusammen. In dem PKW saß eine vierköpfige Familie. Der Vater und der noch nicht einmal zweijährige Sohn starben. Das kleine Mädchen der Familie erlag einige Tage später seinen schweren Verletzungen. Die Mutter liegt schwerverletzt im Krankenhaus. Die Anteilnahme in der Bevölkerung war sehr groß, kilometerlang standen die parkenden Autos der Trauernden vor dem Friedhof; in der Lokalzeitung wurde dann von einem „tragischen Unfall" geschrieben. Wahrscheinlich geht die Sache jetzt so aus, daß der LKW-Fahrer für den Unfall verantwortlich gemacht wird.

Im Dorf spricht sich aber immer mehr herum, wo die wirklichen Verantwortlichen sitzen — im Rathaus! Und das verhält sich so: Die Straße, auf der der Unfall passierte, war durch breitgefahrene Erde stark verschmutzt, richtig schmierig (ganz in der Nähe ist die Ausfahrt eines öffentlichen Müllabladeplatzes mit ungeteerten Wegen). Die Stadt ließ die Straße säubern, der Dreck wurde mit Wasser weggespritzt — vollkommen richtig. Nur: Die notwendigen paar Kilogramm Salz wurden anschließend nicht gestreut — Sparsamkeit. Und das im Winter am Rande der Schwäbischen Alb, wo es bekanntlich sehr kalt wird. Die Straße wurde natürlich an der gesäuberten Stelle zur (städtischen) Schlittschuhbahn. Die Folgen sind bekannt.

Auf der gleichen Straße ereignete sich erst vor zwei Jahren ebenfalls ein schwerer Unfall. Bilanz: zwei Tote. Grund: Die Seitengräben der Straße sind schlecht abgestochen. Bei starkem Regen fließt an zwei Stellen das Wasser auf die Fahrbahn. Und besonders gefährlich wird das im Herbst, wenn nach starken Regenfällen es über Nacht anzieht. Eis auf der Fahrbahn — durch städtische Sparsamkeit — war auch hier die Ursache, natürlich drang das auch nie richtig an die Öffentlichkeit, und die Seitengräben sind heute noch nicht richtig abgestochen.

Zieht man unter das Ganze einen (vorläufigen) Schlußstrich, so mußten fünf Menschen sterben, weil die Stadt einige Kilo Salz und die Kosten dafür, daß einige Arbeiter die Wassergräben richtig abstechen, einsparen wollte.

Ein Genosse aus Baden-Württemberg

Eine unverschämte Kündigung

Im Frankfurter Verein für Soziale Heimstätten e. V. (etwa 300 Mitarbeiter) ist einem Diplom-Psychologen gekündigt worden. Der Psychologe ist in einer Fachklinik für Alkoholiker in Vielbach tätig. Neben anderen vorgeschobenen Gründen steht in dem Kündigungsschreiben:

„In Gesprächen mit Mitarbeitern lassen Sie erkennen, daß Sie aus Ihrer Sympathie für die Thesen der Studentenschaft Göttingen zum Mord an Generalbundesanwalt Buback keinen Hehl machen und sogar Patienten um Ihre Zuneigung zu jenen wissen, die den demokratischen Rechtsstaat mit Gewalt verändern wollen. Die Aufrechterhaltung des Beschäftigungsverhältnisses kann, nicht zuletzt im Interesse der uns anvertrauten Patienten, nicht verantwortet werden."

Der Kollege hat zunächst beim Arbeitsgericht gegen die unverschämte Kündigung geklagt. Es ist zwar bisher nicht zu einer sichtbaren Bewegung unter den Kollegen gekommen, aber dort, wo man davon erfuhr, herrschte Empörung über die unverfrorene Offenheit dieser Gesinnungskündigung.

Rot Front!
Genossen aus Frankfurt

„Sind Sie Terrorist?"

Neulich unterhielt ich mich mit einem Verwaltungsangestellten über den Terrorismus und meinte dabei, daß es der Bourgeoisie nicht um die Verfolgung der RAF ginge, sondern, daß sie vor allem den Werktätigen Angst machen wolle und diese, wenn nötig, zu Terroristen erklärt. Mein Gesprächspartner stimmte meiner Einschätzung zu und berichtete von seiner persönlichen Erfahrung bei der Bewerbung um eine Verwaltungsleiterstelle in einem kleinen nordhessischen Städtchen. Als er sich dort vorstellte, fragten die anwesenden acht Stadträte:

1. Ob er für oder gegen die Todesstrafe sei;
2. ob er Terrorist sei — dies nachdem er sich gegen die Todesstrafe ausgesprochen habe;
3. was er vom Terrorismus halte.

Während seiner ganzen Befragung wurde keine einzige fachliche Frage gestellt. Obwohl er schließlich die Arbeitsstelle bekam, ist ihm diese Erfahrung doch sehr in die Knochen gefahren. Er meinte, daß ihn die gesamte gegenwärtige politische Entwicklung doch sehr besorgt mache. Die Einschätzung der Partei konnte er von seinem Standpunkt aus nicht teilen. Die Notwendigkeit, gegen solche Verfahrensweisen anzugehen, sah er jedoch voll ein.

Dies ist sicher nur ein Beispiel für viele andere, in welcher Weise heute die Bourgeoisie die Faschisierung vorantreibt. Je unverhüllter sie auftritt, desto mehr Menschen werden erkennen, was die wahren Absichten der Bourgeoisie sind und daß diese gegen die Arbeiterklasse gerichtet sind.

Ein Genosse aus Frankfurt

Der Saal in der Barmbeker Gaststätte „Jarrestadt" war brechend voll. Über 250 Besucher hörten mit Begeisterung den Liedergruppen und Volksmusikern zu. Wiegenlieder von Brecht, Kampflieder aus dem Bauernkrieg, Spottlieder und vertonte Weinert-Gedichte. An zwei Tagen, am 14. und 15. Januar, fand dieses erste „Liederfest in der Jarrestadt" statt. „Die Musiktage haben alle begeistert", sagen die Hamburger Genossen, „wir werden so etwas noch öfter machen!"



„Das werden wir noch öfter machen!"

Das Programm dieses Festivals gliederte sich in zwei Teile. Am Samstag abend: Lieder gegen den imperialistischen Krieg, antifaschistische und demokratische Lieder, Volkslieder. Sonntag früh: Lieder des Volkes, Spottlieder, Satiren. Gerade die Breite dieses Liederprogramms zeigt deutlich, daß die fortschrittliche Musikkultur nicht begrenzt, eintönig und dürftig ist wie imperialistische Schlager-Kultur, sondern vielfältig und reich an Ausdrucksmöglichkeiten.

Die Musikgruppen aus Westberlin, Hamburg und Bremen trugen am ersten Abend vor allem Volkslieder vor, Lieder, die den Klassenkampf des deutschen Volkes widerspiegelten. „Die Volkskunst ist in ihren besten Traditionen immer fortschrittlich und revolutionär gewesen. Ob die Fastnachtsspiele eines Hans Sachs den Grabgesang für den mittelalterlichen Mystizismus anstimmten, ob das deutsche Volk 1813 während der



Völkerschlacht Spottlieder auf Napoleon sang, ob das erwachende Proletariat nach der Niederlage von 1848 sein ‚Trotz alledem' verkündete oder ob die besten Söhne Deutschlands nach dem ersten Weltkrieg in den Agit-Prop-Gruppen die Ziele der Arbeiterbewegung propagierten, immer waren die Lieder, Tänze und Spiele des Volkes Totengräber des Alten und Geburtshelfer einer neuen gesellschaftlichen Entwicklung." So charakterisierte Genosse Ernst Aust in seiner Rede „Eröffnet die revolutionäre Kulturkampffront!" (Theoretisches Organ Nr. 6) die deutschen Volkslieder. Und die Besucher in der Jarrestadt spürten die revolutionäre Kraft, die in diesen Liedern zum Ausdruck kommt.

Da sangen die Genossen Geusenlieder aus dem Kampf der Niederländer gegen die spanische Reaktion. Lieder aus dem Bauernkrieg: „Die Glocken stürmten vom Bernwardsturm". Spott- und Kampflieder aus der Revolution von 1848, etwa Lieder von Heinrich Heine, „Freifrau von Droste-Vischering". Und dann die Novemberrevolution, die erste Schlacht des deutschen Proletariats für den Sozialismus. Lieder von Brecht und Weinert zum Kampf gegen den Faschismus, Lieder unserer Partei. Die Zuhörer stimmten mit ein, wenn sie ein Lied kannten, sie hörten gespannt zu, wenn die Gruppen noch unbekannte Melodien spielten.

Denn viele dieser Volkslieder sind durch die Bourgeoisie bewußt unterdrückt worden, kein Schulkind lernt sie, kein Radio sendet sie. Weil diese Lieder zum Haß auf die Ausbeuter und Unterdrücker erziehen, weil sie Mut, Kraft und Entschlossenheit vermitteln. Stattdessen propagiert die Bourgeoisie, weil sie die Liebe der Werktätigen zu den Volksliedern kennt, verkitschte Sänger wie Heino, die unsere Volkslieder versüßen und verharmlosen.

Gerade dieser Abend, der den kämpferischen Charakter unserer Volkskunst betonte, demonstrierte für viele Besucher, wie wichtig es ist, unser nationales Kulturerbe zu pflegen und zu verteidigen. Eine Gruppe von Jugendlichen meinte: „Das ist was anderes als dies Rumhängen und Langweilen bei Partys und Pop-Musik, diese Lieder bringen einen ja richtig in Schwung!"

Durch rhythmischen Beifall und Zurufe wurden die Westberliner „Rotkehlchen" besonders nach den albanischen Partisanenliedern zu Zugaben aufgefordert. Ebenso der Hamburger Agit-Prop-Trupp nach dem selbstverfaßten „Neutronenbombenlied". Sehr beeindruckt waren die Gäste auch von den Wiegenliedern von Brecht. Der Bremer Agit-Prop-Trupp stellte noch unbekannte Lieder aus Chile und der damals sozialistischen DDR vor. Lieder des kämpfenden irischen Volkes, aber auch Lieder aus Griechenland und Schottland gehörten in das Programm des Samstags.

Fast alle Besucher kamen am nächsten Tag wieder. Morgens gab es ein gemeinsames Frühstück in der „Jarrestadt". Und dann Volkslieder aus aller Welt. Der Agit-Prop-Trupp „Rotes Sprachrohr" aus Hamburg sang Lieder aus dem spanischen Bürgerkrieg und der russischen Revolution. Dazu Tänze und Volksmusik von den „Elvspeelers". Immer wieder gingen auch einzelne Freunde und Musikanten auf die Bühne, um Lieder vorzutragen. Eine revolutionäre und kämpferische Stimmung, die alle bis in den frühen Nachmittag mitriß.

Die Hamburger Genossen vom AP-Trupp berichten, daß sie in der „Jarrestadt" noch mehr Liederfestivals organisieren wollen. Bisher haben sie kleinere Kulturabende veranstaltet mit Liedern, Gedichten, Szenen. Sie sind auf Parteiveranstaltungen aufgetreten. Dieses Festival ist für sie der erste größere Schritt, die fortschrittliche Kulturarbeit breit anzufassen. Sie wollen deshalb zum nächsten Lieder-Treffen noch mehr Volkslied-Gruppen einladen. Die Gruppe „Rotkehlchen" aus Berlin war von diesem Festival so begeistert, daß sie für Westberlin ein ähnliches Treffen plant. Diese Initiativen zeigen, daß der Aufruf der Partei, die revolutionäre Kulturkampffront zu eröffnen, nicht nur unter den Genossen, sondern auch unter fortschrittlichen Künstlern auf große Sympathie stößt.

Veranstaltung der Gesellschaft der Freunde Albaniens

Hamburg: Dia-Vortrag und Fotoausstellung „Der industrielle Aufbau Albaniens", 4. 2., 19 Uhr, „Jarrestadt", Jarrestr. 27, Barmbek.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

- ○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML
- ○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"
- ○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren
- ○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....
WOHNORT ....
STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Von Februar an wird das Theoretische Organ der KPD/ML, „Der Weg der Partei", als regelmäßige Zweimonats-Zeitschrift erscheinen. In der bisherigen Erscheinungsweise hat „Der Weg der Partei" nur auf einige grundlegende Fragen eingehen können. Durch die zweimonatliche Erscheinungsweise wird es jetzt dem „Weg der Partei" möglich sein, aktuell auf die wichtigsten Fragen des Kampfes einzugehen. Dabei wird gerade auch die Verteidigung der marxistisch-leninistischen Theorie gegenüber den verschiedensten Spielarten des modernen Revisionismus eine wichtige Rolle spielen.

Jede Ausgabe wird in der Regel ein bis zwei längere Beiträge umfassen. Darüber hinaus werden auch Buchbesprechungen und Berichte ein Bestandteil der Zeitschrift sein. Die einzelnen Ausgaben werden einen Umfang von 60 bis 80 Seiten haben.

Abonniert „Der Weg der Partei"

○ Ich bestelle ab Nr. ...... für ein Jahr die Zweimonatsschrift „Der Weg der Partei". Das Abonnement zum Preis von 15 DM (Versand und Porto eingeschlossen) umfaßt sechs Ausgaben. Die Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf das Postscheckkonto Hamburg 193572-207 zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

○ Ich bestelle ...... Exemplare der Nr. ...... von „Der Weg der Partei" zum Einzelpreis von 3 DM pro Exemplar (zuzüglich Portokosten). Die Gebühr ist nach Erhalt der Rechnung auf das Postscheckkonto Hamburg 193572-207 zu überweisen.

Name ....
Anschrift ....
Unterschrift ....
Datum ....

Bestellungen an Gewiso-Buchvertrieb Postfach 500568, 2 Hamburg 50.

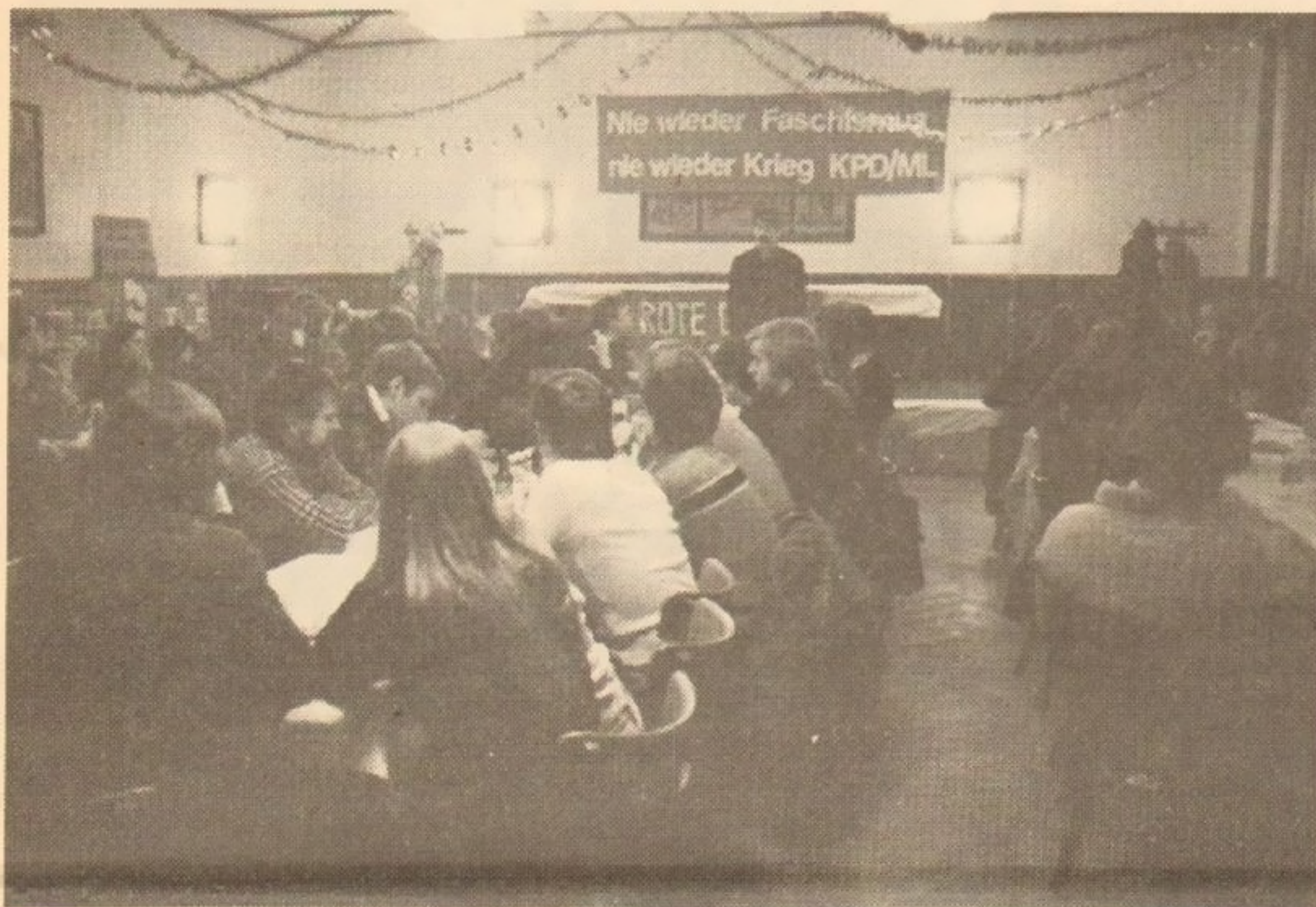


Am 18. 1. streikten ca. 4.500 Hoesch-Arbeiter gegen eine Lohnpause und die Verschleppungstaktik in der Stahltarifrunde. Das Foto zeigt die Kollegen der Westfalenhütte auf dem Marsch zur Hauptverwaltung.



Ende Dezember demonstrierten ca. 2.000 Arbeiter der Werft Nobiskrug und der Krögerwerft gegen die geplante Entlassung von ca. 1.500 Kollegen. „Wir fordern: Keiner darf entlassen werden. Übernahme aller Lehrlinge!", so hieß es auf einem Transparent revolutionärer Kollegen.

Januar im Bild



In mehreren Orten wurden anläßlich des Kampftages gegen Reaktion und Faschismus Veranstaltungen durchgeführt. Es wurden unter anderem die Filme „Nackt unter Wölfen" und „Rat der Götter" gezeigt. Das Foto zeigt die Veranstaltung in Bochum.



Zum Ende der Aktionswoche der Roten Garde Hamburg wurde eine kämpferische Veranstaltung gegen die Jugendarbeitslosigkeit durchgeführt. Viele Freunde waren gekommen. Die Rede, Sketche, viele Lieder und Tanz begeisterten die Jugendlichen.





Seit Anfang Dezember werden im berüchtigten Stuttgarter Gefängnis Stammheim drei fortschrittliche türkische Kollegen festgehalten. Ihnen droht Verurteilung wegen „versuchten Totschlags" und Abschiebung in die türkischen Kerker. Die Anklage ist willkürlich zusammengezimmert. Dagegen demonstrierten im Dezember über 2.000 Menschen, sie forderten die sofortige Freilassung der Türken. Die Partei beteiligte sich an der Demonstration und unternahm verschiedene Aktionen gegen die Inhaftierung. Das Foto zeigt, wie ein Transparent in der Innenstadt von Stuttgart hochgelassen wurde.



Zum Jahreswechsel 1977/78 wurde in Kiel auf der Silvesterfeier die Kinderorganisation „Rote Pioniere" Kiel gegründet. Das Bild zeigt, wie die Roten Pioniere ein kleines Theaterstück aufführen.



Mit dem Gesang der Internationale begrüßten die Genossen und Freunde auf den vielen Silvesterveranstaltungen das Neue Jahr und feierten den 9. Jahrestag der Gründung der KPD/ML.

Aus aller Welt

Ägypten/Israel: Verhandlungen geplatzt

Der ägyptische Präsident Sadat hat die Delegation seines Regimes, die zu Verhandlungen mit den israelischen Zionisten nach Jerusalem gereist war, zurückgerufen. An diesen Verhandlungen, die auf Initiative der amerikanischen Supermacht geführt werden, hatte auch der US-Außenminister Vance teilgenommen.

Die Zionisten haben im Verlauf der Gespräche wiederholt und öffentlich erklärt, daß sie nicht bereit sind, sich aus den von ihnen besetzten arabischen Gebieten zurückzuziehen. In Bezug auf das von ihren Aggressionstruppen 1967 eroberte Ost-Jerusalem z. B. erklärte Zionistenchef Begin dreist: Die Forderung nach einem israelischen Rückzug sei „die unfaßbarste und unverschämteste Äußerung, die man sich vorstellen kann". Genauso höhnisch verhielten sich die Zionisten gegenüber der Forderung, die von ihnen besetzte ägyptische Sinai-Halbinsel zu räumen. Sie dächten nicht daran, so hieß es, „einer Laune der ägyptischen Regierung" nachzukommen. Außerdem verkündeten sie, während Sadats Außenminister noch mit seinem israelischen Kollegen Dayan zusammensaß, die Errichtung neuer zionistischer Siedlungen auf dem Sinai.

Diese offen zur Schau gestellte Arroganz der israelischen Eroberer ist eine deutliche Ohrfeige für Sadat. Er hatte im letzten Jahr diese Verhandlungen begonnen und wollte den arabischen Völkern weismachen, durch Kapitulation vor den Zionisten seien Zugeständnisse zu erreichen. Jetzt hat sich einmal mehr gezeigt, daß die zionistischen Räuber kein Stück ihrer Beute freiwillig preisgeben. Trotzdem will das Sadat-Regime die Verhandlungen weiterführen. Außenminister Kaamel hatte sogar die Stirn, trotz der zionistischen Unverschämtheiten zu erklären, daß die Gespräche „gut verlaufen" sind.

Somalia: Westdeutsche Waffen für den Ogaden-Krieg

Der somalische Präsident Barre hat die Regierungen einiger NATO-Länder aufgefordert, sein Regime mit Waffenlieferungen zu unterstützen. Der Bonner Kanzler Schmidt erwiderte darauf in seiner Regierungserklärung vom letzten Donnerstag: Die Bundesregierung werde auch im Falle Somalias nicht von ihrer Politik abgehen, keine Waffen in Spannungsgebiete zu liefern.

Diese Behauptung hatte sich schon im letzten Jahr als Lüge erwiesen: Westdeutsche Militärlastwagen gingen an die somalische Armee. Wenig später landeten zwei Flugzeuge mit Waffenladungen in Mogadischu, bei denen das Zeichen der Lufthansa-Tochtergesellschaft Condor nur notdürftig überpinselt war. Und jetzt ist bekannt geworden, daß große Mengen von westdeutschen G-3-Gewehren, der Standardwaffe der Bundeswehr, an die somalische Armee geliefert wurden. Diese Waffen kamen aus dem Iran.

Während die russischen Sozialimperialisten Äthiopien, den somalischen Gegner im Ogaden-Krieg, über eine Luftbrücke direkt mit Waffen beliefern, benutzen die westlichen Imperialisten die reaktionären Regime des Nahen Ostens wie Saudi-Arabien oder den Iran als Mittler für ihre Waffentransporte nach Mogadischu.

USA: Arbeiter im Streik

Seit über einem Monat stehen Tausende von Landarbeitern in 22 Staaten der USA im Streik. In Texas, Nebraska und Tennessee kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei, die versucht hatte, Protestdemonstrationen der Arbeiter aufzulösen.

Auch gegen die Bergarbeiter der amerikanischen Kohlebergwerke, die ebenfalls seit Wochen im Streik stehen, setzte die Bourgeoisie ihre Polizeitruppen ein. Die Bergarbeiter setzten den Überfällen auf ihre Streikposten und ihre Demonstrationen jedoch starken Widerstand entgegen. Sie weigerten sich auch, den reaktionären Gewerkschaftsführern zu folgen, die sie zur Wiederaufnahme der Arbeit zwingen wollten.

In vielen Städten des Landes wurden Demonstrationen zur Unterstützung der streikenden Arbeiter organisiert, in denen die Solidarität mit der Fortsetzung der Streiks bis zum Sieg zum Ausdruck gebracht wurde.

Iran: Verbrechen des Regimes

Trotz des faschistischen Polizeiterrors setzen die Werktätigen des Iran ihre Kämpfe gegen das Schah-Regime fort. Tausende Polizisten wurden zur Verstärkung nach Qom, Schiraz und in andere Städte geschickt, wo der Widerstand der werktätigen Massen noch entschlossener geworden ist. In Qom, wo die bewaffneten Organe des faschistischen Regimes ein Massaker unter Demonstranten angerichtet und 76 ermordet hatten, wurde jetzt eine Verhaftungswelle organisiert. Wie berichtet wird, verschwanden 1.400 Menschen dort in den Kerkern des Regimes, die Zahl der bei dem Massaker durch Schüsse verwundeten beläuft sich auf 600. Trotz dieser grausamen Verbrechen gehen die Protestkundgebungen weiter. Machtvolle Streiks werden aus Schiraz und anderen Städten des Iran gemeldet.

Spanien: Letztes Geleit für baskischen Patrioten

In dem spanischen Ort Plencia gaben mehr als 8.000 Menschen einem baskischen Patrioten das letzte Geleit. Er war am vorletzten Samstag bei Kämpfen mit den Organen des Regimes ermordet worden. Die Trauergäste riefen Parolen, in denen sie den Kampf der baskischen Patrioten hochleben ließen.

Bolivien: Amnestie erkämpft

Eine teilweise Amnestie für die vom bolivianischen Regime inhaftierten oder verbannten Werktätigen haben die Arbeiter der Zinnbergwerke erkämpft. Sie waren für diese Forderung in Streik getreten. Unterstützung bekamen sie von den Journalisten, die ebenfalls für einen Tag die Arbeit niederlegten. Um dem Kampf Nachdruck zu verleihen, hatten Frauen von eingekerkerten Bergarbeitern in der Hauptstadt La Paz einen Hungerstreik begonnen, dem sich über 1.000 Personen anschlossen.

Trotz dieses Erfolgs unterdrückt das bolivianische Regime weiter jede gewerkschaftliche und politische Betätigung der Arbeiterklasse. Auch die militärische Besetzung der Zinnbergwerke wird weiter aufrechterhalten.



Spanien



Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

Griechenland

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Fußballweltmeisterschaft in Argentinien

Fifa-Bosse huldigen der Militärdiktatur

„Es gab einen Alternativplan zu Argentinien." Das erklärte einen Tag nach der Gruppenauslosung für die diesjährige Fußball-Weltmeisterschaft der Boß des Deutschen Fußballbundes und Präsident des Organisationskomitees des Weltfußballbundes (Fifa), Herrmann Neuberger. Hatte also die Fifa Überlegungen darüber angestellt, wie man die Spiele in einem anderen Land als dem unter einer faschistischen Diktatur stehenden Argentinien durchführen könnte?

Nein, so unglaublich es klingen mag: Dieser Plan galt für das Argentinien vor dem Militärputsch von 1976. Er wäre, wie Neuberger sagte, dann in Kraft getreten, wenn „sich die Verhältnisse durch die Machtübernahme der Militärs nicht stabilisiert hätten". Das bedeutet, daß für die Fifa-Bosse erst die Errichtung der faschistischen Blutherrschaft den Ausschlag dafür gab, die Weltmeisterschaft endgültig nach Argentinien zu geben. Ist es da ein Wunder, wenn Neuberger und die übrige Funktionärsclique des Verbandes sich in Lobeshymnen auf die faschistische Diktatur ergehen, daß sie, wie es kürzlich Neuberger unwidersprochen im Fernsehen von sich geben konnte, das Argentinien von heute ein „schönes und friedvolles Land" nennen?

Schön und friedvoll — für wen denn? Etwa für die geknechteten Werktätigen dieses lateinamerikanischen Landes, die unter den Bajonetten des Militärregimes für die Profite der imperialistischen Monopole schuften müssen und deren Realeinkommen allein im vergangenen Jahr um über die Hälfte sank? Nein, es sind gerade die Imperialisten, allen voran die amerikanischen, die dafür gesorgt haben, daß in Argentinien „Ruhe und Ordnung" vom faschistischen Typ hergestellt wurden. Die Herren von Exxon, ITT, General Electric usw., die wahren Herren des Landes, sie haben 1976 die Militär-Junta an die Macht gebracht, genauso wie sie Jahre zuvor in Chile den Putsch des Generals Pinochet organisierten.

Und wie in Chile, so sind auch in Argentinien die Bonner Imperialisten mit von der Partie. Im letzten Herbst z. B. ging eine 100-Millionen-Mark-Anleihe der Deutschen Bank nach Buenos Aires, die ausdrücklich bezeichnet wurde als „Symbol für das wiedergewonnene Vertrauen." Die faschistische Diktatur, die Elend und Terror über das Land brachte, den Bonner Finanzhaien flößte sie Vertrauen ein.

Und was ist es, das solcherart das Vertrauen der Imperialisten erweckt? Es ist der gnadenlose Terror, mit dem die Faschisten gegen die Arbeiterklasse vorgehen. Es ist z. B. die Tatsache, daß heute unter der Diktatur den Arbeitern in den Filialen von ITT und Siemens das Streikrecht genommen ist, daß bei den trotz Verbots immer wieder aufflammenden Kämpfen die Streikführer — wie im Herbst in Buenos Aires geschehen — kurzerhand liquidiert werden. Mit beispiellosem Terror versuchen die Faschisten die revolutionäre Bewegung zu zerschlagen. 70.000 Menschen sind in der Zeit seit dem Putsch ermordet worden oder sie sind — wie es in der offiziellen Sprachregelung heißt — „verschwunden".

Aber trotz dieser brutalen Unterdrückung ist es den Statthaltern der imperialistischen Monopole nicht gelungen, den revolutionären Klassenkampf zu zerschlagen. Im letzten Herbst ging eine mächtige Streikwelle durch das ganze Land.

Die Arbeiter wehrten sich heldenhaft gegen Polizei- und Militäreinsätze und nahmen auch die Ermordung ihrer Streikführer nicht kampflos hin. Die Bestrafung und Hinrichtung von bewaffneten Henkern des Regimes nahm solche Ausmaße an, daß allein in Buenos Aires 2.000 Polizisten die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand beantragten.

Wenn im Juni das erste Spiel der Weltmeisterschaft angepfiffen wird, die nach dem Willen der Fifa-Bosse in diesem Land stattfindet, dann werden die Fußballfreunde auf dem Bildschirm Szenen wie auf dem hier abgebildeten Foto sehen: Nur um eine einzige Sportveranstaltung, ein Autorennen, zu „sichern", haben letzte Woche die Faschisten 6.000 Mann schwer bewaffnetes Militär und Polizei aufgeboten. Ein friedvolles Land? Nein — eine brutale faschistische Diktatur.



Das Militär auf der Automobil-Rennstrecke von Buenos Aires

Regierungskrise in Italien

Die Revisionisten wollen an die Macht

Nach einer Amtszeit von 17 Monaten trat letzte Woche die Regierung Andreotti zurück. Das war nur der letzte Ausdruck der schweren politischen und wirtschaftlichen Krise, von der Italien seit längerer Zeit erschüttert wird. Der unmittelbare Anlaß für den Rücktritt Andreottis: Die zweitstärkste Partei im Parlament, die revisionistische KPI, hatte seiner Regierung die Unterstützung entzogen.

Deren Bildung vor anderthalb Jahren war nur dadurch möglich gewesen, daß damals Andreotti und der KPI-Führer Berlinguer einen reaktionären Pakt abschlossen.

Wenn jetzt Berlinguer diesen Pakt aufgekündigt hat, bedeutet das dann, daß die KPI den Weg der Opposition gegen das bürgerliche Regime einschlagen will?

Nein, die Revisionisten wollen diesen reaktionären Pakt nur noch weiter festigen, sie wollen jetzt an der Seite der Christdemokraten mit Ministern ins Kabinett einziehen, sie wollen gemeinsam mit ihnen und den anderen bürgerlichen Parteien eine — wie sie es nennen — „Regierung der demokratischen Solidarität" bilden. Und das klingt nicht nur nach der „Solidarität der Demokraten", wie sie in Bonn beschworen wird, es ist auch so gemeint. Gerade in den letzten Wochen, die gekennzeichnet waren von schweren Kämpfen zwischen Antifaschisten und den faschistischen Banden, haben die Revisionisten ihre reaktionäre Hetze gegen die revolutionäre Gewalt verstärkt.

Jetzt biedern sie sich bei der italienischen Bourgeoisie an als die einzige Kraft, die noch in der Lage ist, den Kampf der Werktätigen zu unterdrücken. Es ist z. B. der revisionistische Bürgermeister von Rom gewesen, der in den letzten Wochen faktisch den Belagerungszustand über die Hauptstadt verhängt, ihre militärische Besetzung durch schwerbewaffnete Truppen verfügt hat. So versuchen die Revisionisten das kapitalistische System zu verteidigen. Sie treten offen als Einpeitscher der Faschisierung auf. Sie sind Wegbereiter des Faschismus.

Auch in den Kämpfen der Arbeiterklasse treten die Revisionisten als Streikbrecher und Saboteure auf. Ein Beispiel dafür war die große Demonstration der Metallarbeiter in Rom, zu der sich letzten Monat 100.000 Kollegen zusammengeschlossen hatten. Mit allen Mitteln wollten die revisionistischen Gewerkschaftsführer verhindern, daß diese Demonstration zu einer Kampfansage an die Krisenpolitik der Regierung wurde. Sie sabotierten die Abfahrt von revolutionären Delegationen aus anderen Orten, führten den Zug durch menschenleere Bezirke und riegelten ihn mit einem Riesenaufgebot von Ordnern gegen die Bevölkerung ab. Damit wollten sie vor allem verhindern, daß sich die jugendlichen Arbeitslosen und revolutionären Studenten in den Zug einreihten. Aber immer wieder durchbrachen die Jugendlichen die Ordnerketten und schlossen sich mit den Metallarbeitern zusammen. Unterstützung bekamen sie dabei von den Genossen der KPI/ML, die innerhalb der Demonstration agitierten, über Megafone die Spalterpolitik der revisionistischen Bonzen anprangerten, zur Einheit der Arbeiter und der Jugendlichen aufriefen. Die von den Genossen angestimmten Parolen gegen die Regierung, gegen den reaktionären Pakt zwischen Andreotti und Berlinguer, für den landesweiten Generalstreik wurden von den Demonstranten aufgegriffen. Angesichts dieser kämpferischen Stimmung wagten es die revisionistischen Schläger nicht, gegen die Genossen der Bruderpartei vorzugehen.

Die KPI/ML kämpft gegen die Faschisierung für die Organisierung einer breiten antikapitalistischen Bewegung der Volksmassen unter der revolutionären Führung der Arbeiterklasse. Heute, nach anderthalb Jahren des Paktes Andreotti-Berlinguer erkennen immer mehr Werktätige die Richtigkeit dieser Perspektive, lösen sich viele Arbeiter aus dem Einfluß der revisionistischen Verräter. Und die Terrorwelle der letzten Wochen, wo die bewaffneten Organe des reaktionären Staates gemeinsam mit den faschistischen Banden gegen die Werktätigen vorgingen, haben vielen gezeigt, daß es richtig ist, wenn die KPI/ML sagt, daß der reaktionären Gewalt der Bourgeoisie mit der gerechten revolutionären Gewalt des Volkes begegnet werden muß. In verschiedenen Städten Italiens haben die Massen die Initiative ergriffen und die Höhlen der Faschisten ausgeräuchert.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Am 6., 7. und 8. Januar des neuen Jahres tagte in Madrid der I. Kongreß der A. O. A. (Asociacion Obrera Asambleista — Vereinigung für Vollversammlungen der Arbeiter). Für die Entwicklung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Spanien war dieser Kongreß von außerordentlich großer Bedeutung. Sein wichtigstes Resultat besteht darin, daß die A.O. A. sich auf Beschluß der großen Mehrheit der über 1.700 gewählten Delegierten, die aus allen Teilen Spaniens gekommen waren, als revolutionäre Gewerkschaft der spanischen Arbeiterklasse konstituierte. Der Kongreß wählte auch einen Zentralrat der neuen Gewerkschaft, der sich aus mehr als 40 Mitgliedern zusammensetzt, die aus allen Branchen und allen Regionen Spaniens kommen. Die junge Gewerkschaft zählt heute bereits nahezu 200.000 Mitglieder. Auch viele ausländische Delegationen, Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsbewegung einer Reihe von Ländern Europas, Lateinamerikas, Asiens, Afrikas und aus Kanada waren als Gäste anwesend. Auch der albanische Gewerkschaftsverband hatte eine Delegation entsandt. Sie befand sich bereits auf der Anreise, als klar wurde, daß die Behörden des monarchofaschistischen Regimes der albanischen Delegation die Einreise verweigerten. Mit großer Empörung verurteilte der Kongreß diese unerhörte Provokation, die in einer Reihe steht mit der Einreiseverweigerung für die Delegation der Partei der Arbeit Albaniens durch die Behörden der Bundesrepublik im Februar 1977, als die albanischen Genossen an der großen öffentlichen Abschlußveranstaltung des III. Parteitages der KPD/ML teilnehmen wollten. Wir nahmen als Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsbewegung Deutschlands an dem Kongreß teil. Um den Kollegen und Genossen in Deutschland einen Eindruck von der Bedeutung des Kongresses und vom Stand der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Spanien zu vermitteln, haben wir für den „Roten Morgen" diesen Bericht geschrieben.

Revolutionäre Gewerkschaft der spanischen Arbeiterklasse gegründet!

Es lebe der I. Kongress der A.O.A.!

Delegation revolutionärer Arbeiter aus Deutschland berichtet



Die Vollversammlungsbewegung ist eine Form der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, die sich in Spanien in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Der Name kommt daher, daß die Arbeiter im Zusammenhang mit ihren Kämpfen gegen die Kapitalisten auf Betriebsebene oder auch überbetrieblich (z. B. die Bauarbeiter einer ganzen Stadt oder eines Bezirks) Arbeiter-Vollversammlungen organisierten, um unmittelbar selbst über ihre Kampfaktionen zu beschließen, um Streikleitungen und Verhandlungsdelegationen (die jederzeit wieder abwählbar sind) zu wählen usw. Besonders stark entwickelte sich die Vollversammlungsbewegung in den letzten zwei Jahren, als es zu einem machtvollen Aufschwung der Streikkämpfe der spanischen Arbeiterklasse kam. Ihr großer Wert für die spanische Arbeiterbewegung liegt insbesondere darin, daß die Vollversammlungsbewegung es erleichterte, die Spaltertätigkeit und Streikbruchpolitik der revisionistischen und sozialdemokratischen Führer bzw. der Führer der gelben Gewerkschaften (Commissiones Obreras, UGT) zu durchkreuzen.

Die A.O.A. organisierte machtvolle Streiks

Auf Initiative und unter der Führung unserer spanischen Bruderpartei, der PCE(ML), gab sich die Vollversammlungsbewegung im vergangenen Jahr festere organisatorische Formen. Es wurden Streikkassen geschaffen, eine feste Mitgliedschaft mit Mitgliedsbeiträgen wurde eingeführt. Die Bewegung, die sich nun A.O.A. nannte, erhielt eine provisorische Leitung und eine eigene Zeitung. Die A.O.A. wuchs so zu einer starken Kraft in der spanischen Arbeiterbewegung heran. Sie führte bedeutende Streikkämpfe durch, wie z. B. im vergangenen Jahr den zweiwöchigen Streik von 70.000 Arbeitern und Arbeiterinnen der Schuhindustrie. Nach diesem machtvollen Streik sah sich die Regierung im übrigen gezwungen, der zunächst noch illegalen A.O.A. die Legalität zuzugestehen.

Der Kongreß fand in dem als besonders rot und kämpferisch bekannten Madrider Arbeitervorort Vallecas statt. Als Kongreßsaal diente eine Tiefgarage, die mit Sitzreihen, Tribüne usw. ausgestaltet war. Die Delegierten kamen aus allen Industriezweigen und Bereichen einschließlich der Landwirtschaft. Alle großen Fabriken Spaniens waren vertreten. In einzelnen Fällen ist praktisch die ganze Belegschaft des Betriebes in der A.O.A. organisiert. Manche Delegierte vertraten Tausende von Kollegen. Die Stimmung auf dem Kongreß war ausgezeichnet, sehr kämpferisch und revolutionär. Zahlreiche Delegierte berichteten in den drei Tagen über Kämpfe in ihren Betrieben gegen Rationalisierungsterror, Entlassungen, schlechte Arbeitsbedingungen, für mehr Lohn, für mehr politische Rechte, gegen die faschistische Unterdrückung, gegen den Polizeiterror, für die Freilassung der eingekerkerten Revolutionäre und Arbeiterführer usw. Sie berichteten über die Manöver der Reformisten und Revisionisten, der Führer der revisionistischen Commissiones Obreras und der sozialdemokratischen UGT, darüber, wie es vielfach gelang, in den Streiks, auf den Vollversammlungen die Arbeiterverräter zu demaskieren und zu isolieren. Sie berichteten über Beispiele, wo die A.O.A. erst im Verlauf des Kampfes die Führung übernahm, über Fälle, wo die Gefolgsleute Carrillos, Camachos und Konsorten aus den Versammlungen gejagt oder gar verprügelt worden waren.



Blick auf die Tribüne des I. Kongresses der A.O.A.

„Nieder mit dem Pakt von Moncloa!"

Im Zusammenhang mit der Scheindemokratisierung nach Francos Tod versucht die herrschende Oligarchie in Spanien die Arbeiterbewegung mit Hilfe der gelben Gewerkschaften unter Kontrolle zu bekommen, sie zu spalten und die revolutionären Kräfte, vor allem die PCE(ML), zu isolieren. Die Antwort auf dieses Manöver der Reaktion ist der Aufbau und das Erstarken der A.O.A., ihre Entwicklung zur revolutionären Gewerkschaft der spanischen Arbeiterklasse. Eine der wichtigsten Losungen in diesem Kampf ist heute die Losung „Nieder mit dem Pakt von Moncloa". Diesen Pakt haben die revisionistischen und sozialdemokratischen Führer, die Carrillo, Camacho, Felipe Gonzales (ein Ziehkind der SPD und des DGB-Apparats) usw. mit den Kapitalisten und der Regierung geschlossen. Er soll den Arbeitern einen Lohnstopp aufzwingen, soll es der Oligarchie ermöglichen, sich auf dem Rücken der werktätigen Massen aus der schweren Wirtschaftskrise herauszumanövrieren. Er soll die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe des Proletariats abwürgen und die Massen an die Kette der Klassenzusammenarbeit legen.

Durch den Pakt von Moncloa haben sich die Revisionisten, die Führer der gelben Gewerkschaften jedoch immer mehr als Handlanger der Oligarchie bloßgestellt. Die Streikbruchtaktik, die sie betreiben, haben die Empörung und den Abscheu breiter Teile der Arbeiterschaft hervorgerufen. So sind ganze Ortsgruppen der Commissiones Obreras zur A.O.A. übergetreten. Es kam auf Vollversammlungen vor, daß Arbeiter, die in den gelben Gewerkschaften waren, massenhaft ihre Mitgliedsbücher verbrannten.

Unter der offen faschistischen Diktatur gab es in Spanien praktisch keine Gewerkschaften, in denen breite Teile der Arbeiterschaft organisiert waren. Heute versucht die Oligarchie, die gelben Gewerkschaften künstlich aufzublasen. Dennoch sind gegenwärtig nicht mehr als 12 Prozent der Arbeiter in den gelben Gewerkschaften organisiert. Wenn jetzt trotz der Manöver und Spaltungstätigkeit der Reaktion die Streikkämpfe der Arbeiter machtvoll anwachsen, wenn sich die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung zum Schrecken der Oligarchie unter Führung der PCE(ML) schnell und kraftvoll entwickelt, so sind diese Erfolge keineswegs von selbst gekommen. Nicht umsonst haben unsere spanischen Genossen seit vielen Jahren unter großen Opfern eine zähe illegale Arbeit in den Betrieben und in der Gewerkschaftsbewegung geleistet. Von Anfang an haben sie einen unaufhörlichen schonungslosen Kampf gegen den modernen Revisionismus und gegen alle anderen bürgerlichen Strömungen in der Arbeiterbewegung geführt.

Die führende Rolle der PCE (ML)

Dabei war und ist ein wichtiger Hebel unserer Bruderpartei die illegale gewerkschaftliche Organisation OSO (Arbeitergewerkschaftsopposition). Die OSO wurde Anfang der siebziger Jahre zu einer wichtigen Kraft in den Betrieben, sie führte bedeutende Streiks durch. Die OSO unterstellt sich direkt der Führung durch die Partei. Sie ist Mitglied in der FRAP (Revolutionäre Antifaschistische Front des Volkes) und besteht als illegale Organisation auch heute weiter, wenngleich sie als aktiver Kern in die A.O.A. integriert ist. Wenn heute die Verwirrung, die durch den Verrat der revisionistischen Führer, durch ihr Streikbrechertum in der Arbeiterschaft provoziert wurde, überwunden werden kann, wenn breite Arbeiterschichten in der A.O.A. die Alternative und den Ausweg erkennen, so ist das letztlich der langen Arbeit der Partei, dem Festhalten am kompromißlosen Kampf gegen den Revisionismus und alle Spielarten des Opportunismus zu verdanken. Zum Beispiel führen die spanischen Genossen heute in der Gewerkschaftsbewegung auch aktiv den Kampf zur Entlarvung der revisionistischen „Drei-Welten-Theorie".

Die spanischen Genossen betonen: Um die Kämpfe der Arbeiter zu stärken, sie auf ein höheres politisches Niveau zu heben, muß die Partei ständig in die Offensive gehen, muß sie den Marxismus-Leninismus in der Arbeiterklasse immer mehr verankern, die Massen im Geist des revolutionären Klassenkampfes, des gewaltsamen Sturzes der Ausbeuterklassen erziehen. Die Genossen sagen: Auch für die Gewerkschaftsbewegung gilt, daß eine Einheit, die nicht im frontalen Kampf gegen den Revisionismus und alle opportunistischen Strömungen erreicht wird, nur eine Seifenblase ist; auch mit den Predigern der „Parteilosigkeit" darf es keine Versöhnung geben. An dem Prinzip der Einheit von Partei und Gewerkschaft muß konsequent festgehalten werden. Nur unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei kann sich die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung entwickeln, kann sie sich festigen und erstarken.

„Viva Oposición Sindicál Revolucionario!"

Diese klare marxistisch-leninistische Linie in der Gewerkschaftsfrage prägte unverkennbar den Charakter des I. Kongresses der A.O.A. Das zeigte der revolutionäre Enthusiasmus der Delegierten, ihre leidenschaftliche Verurteilung der Carrillo und Konsorten, ihr tiefer Klassenhaß, der auf dem Kongreß zum Ausdruck kam. Es drückte sich auch aus in den Parolen, die immer wieder gerufen wurden. So ertönten u.a. auch immer wieder die Parolen: „Es lebe der Marxismus-Leninismus", „Enver Hoxha — Albanien ist sozialistisch!". Nicht zuletzt zeigte sich die revolutionäre Haltung der Delegierten an der unbeschreiblichen Begeisterung und dem Jubel, als überraschend Genosse Raul Marco, Sekretär des ZK der PCE(ML), erschien. Raul Marco sprach bei diesem Anlaß zum ersten Mal öffentlich auf einer legalen Veranstaltung in Spanien. In seiner hervorragenden Rede geißelte er u. a. offen den Verrat der chinesischen Revisionisten am Marxismus-Leninismus und an der Sache des Proletariats.

Unvergeßlich für uns bleibt auch die glänzende internationalistische Stimmung auf dem Kongreß, bleibt die Begeisterung und der Jubel der Delegierten, als die ausländischen Delegationen die Grüße der revolutionären Gewerkschafter verschiedener Länder und Kontinente überbrachten. So auch, als wir unsere Grußadresse vortrugen und die Delegierten immer wieder in den Ruf ausbrachen: „Viva Oposición Sindicál Revolucionario!" (deutsch: „Es lebe die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition!"). Oft, wenn die Stimmung einen Höhepunkt erreichte, sangen die Delegierten übrigens ein kleines Lied, das ins deutsche übersetzt etwa folgenden Wortlaut hat: „Die A.O.A. ist wunderbar, wie die A.O.A. gibt es keine."

Diese Freude der spanischen Kollegen und Genossen braucht nicht zu verwundern, haben sie doch mit dem Aufbau der A.O.A., mit der Gründung ihrer revolutionären Gewerkschaft einen bedeutenden Schritt nach vorne getan bei der Schmiedung der revolutionären Einheit der spanischen Arbeiterklasse und im Kampf gegen die revisionistischen und reformistischen Lakaien der Oligarchie. Die Erfolge unserer spanischen Klassenbrüder erfüllen auch uns deutsche Proletarier und Revolutionäre mit Freude. Denn sie bedeuten auch eine Unterstützung unseres Kampfes. Sie sind eine Stärkung der revolutionären Weltgewerkschaftsbewegung, ein Schlag gegen die Kräfte des Revisionismus und Opportunismus in der internationalen Arbeiterbewegung.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Kampf der Ersatzdienstleistenden

"Wir wollen keinen Zwangsarbeitsdienst!"

Die Zivildienstleistenden in der Bundesrepublik haben für diese Woche Warnstreiks angekündigt und die Durchführung einer zentralen Demonstration am Wochenende beschlossen. Worum geht es? Der Bonner Staat plant umfassende Angriffe auf die Kriegsdienstverweigerer. So ist die sogenannte Gewissensprüfung, der sich alle Jugendlichen unterziehen müssen, die den Kriegsdienst verweigern wollen, wieder eingeführt worden.

Darüber hinaus soll die Dienstzeit noch einmal um drei Monate verlängert werden. Schon jetzt müssen die Zivildienstleistenden drei Monate länger dienen als ihre Altersgenossen bei der Bundeswehr. Und sie sollen auch nicht mehr, wie es jetzt noch oft der Fall ist, zu Hause wohnen dürfen. Die Bonner Herren planen die vollständige Kasernierung der Zivildienstleistenden. Jetzt schon ist die erste Kaserne, der „Vinckehof" in Castrop-Rauxel, eingerichtet. Diese Kasernierung bedeutet: Zwangsarbeitsdienst, militärischer Drill, Disziplinierung und ständige Schikane.

Dagegen wehren sich die Zivildienstleistenden. Die Rote Garde unterstützt ihren Kampf unter den Forderungen: Für das uneingeschränkte Recht auf Kriegsdienstverweigerung! Streikrecht für Zivildienstleistende! Weg mit den Kasernierungsplänen! Kampf den Plänen zur Errichtung eines Zwangsarbeitsdienstes!

Aber das bedeutet nicht, daß die Rote Garde die Kriegsdienstverweigerung selbst als Kampfmittel gegen Militarisierung und Kriegsgefahr propagiert, wie das etwa die modernen Revisionisten der DKP und der SDAJ tun. In einem Flugblatt, das von der RG unter den Zivildienstleistenden verbreitet wird, heißt es dazu: „Es ist bekannt, daß die Rote Garde, die Jugendorganisation der KPD/ML, dazu aufruft, den Kriegsdienst nicht zu verweigern, in die Bundeswehr zu gehen, um sie zu zersetzen und das Waffenhandwerk für die Revolution zu erlernen. Etwas anderes ist jedoch das demokratische Recht auf Kriegsdienstverweigerung. Wir verteidigen es."



Heute so...



...morgen?

Und mehr noch. Das Vorhaben, den Zivildienst auf den paramilitärisch organisierten Zivil- und Katastrophenschutz auszuweiten, die in Bonn schon diskutierten Pläne, Zivildienstleistende auch bei der Bahn und der Post einzusetzen, all das zeigt: Hier wird Schritt für Schritt die Einführung eines faschistischen Arbeitsdienstes vorbereitet. Das bedeutet die Verpflichtung der Jugendlichen zur Zwangsarbeit und ihren Einsatz als Streikbrecher.

US-Rakete schlägt neben 12jährigem auf

Es war reines Glück, daß dem 12jährigen Arnt Engel aus Gonsenheim bei Mainz nichts passierte. Denn nur knapp einen Meter neben dem Jungen schlug in der Silvesternacht eine amerikanische Signalrakete im Garten seiner Eltern auf. Noch zwei bis drei weitere Raketen wurden in der gleichen Nacht vom Gelände der benachbarten Kathen-Kaserne aus von amerikanischen Soldaten abgeschossen.

Die US-Militärs sprechen jetzt von einem „tragischen Vorfall". Aber sie sind nicht so unschuldig, wie sie tun. Das hat die Familie Engel am eigenen Leib erleben müssen. Denn die Rakete, die jetzt um ein Haar ihren Sohn Arnt getötet hätte, war nicht die erste, die die Familie Engel abbekam. Bereits in der Silvesternacht vor einem Jahr hatte eine amerikanische Signalrakete das Dach des Einfamilienhauses der Engels durchbrochen. Frau Engel: „Wir werden immer wieder von derartigen Vorkommnissen belästigt." Damals, nach der Silvesternacht 1976, waren die Engels zur Polizei gegangen. Dort hieß es, man werde der Sache nachgehen. Passiert ist aber bis heute nichts. Bei dem Terror der amerikanischen Besatzer gegen das deutsche Volk drückt die Polizei beide Augen zu.

Göttingen/Bielefeld

Studenten gegen Auftritte von CDU-Hetzern

Zu Auseinandersetzungen kam es in der letzten Woche an den Universitäten von Göttingen und Bielefeld. Der Grund: Die CDU-Politiker Vogel und Biedenkopf, berüchtigt als reaktionäre Einpeitscher gegen die Kämpfe der Werktätigen und der Studenten, wollten dort ihre Hetzparolen an den Mann bringen.



Auch seine Schläger konnten nicht verhindern, daß von Biedenkopfs Rede nicht viel zu hören war!

In Bielefeld wurde vor dem Auftritt Biedenkopfs erklärt, starke Polizeikräfte und „Ordner" des CDU-Studentenverbandes RCDS stünden zum Schutz der Veranstaltung bereit. Eine besonders üble Provokation der Polizei: Sie kündigte in der Tagespresse vorher an, daß sie bei einem Pfeifkonzert der Studenten gegen Biedenkopf sofort eingreifen, die „Störer" festnehmen und erkennungsdienstlich behandeln wolle. Welch ein Hohn, wenn Biedenkopf, Vogel und ihresgleichen ihr provokatorisches Auftreten an den Universitäten scheinheilig einen „demokratischen Dialog" mit den Studenten nennen.

Zum Dialog sind diese Leute nur mit denen bereit, die stramm stehen und ihre reaktionären Tiraden unwidersprochen schlucken. Aber wehe, es muckt einer auf, bringt seine Opposition durch Zwischenrufe oder Pfeifen zum Ausdruck. Dann wird der „Dialog" mit dem Polizeiknüppel und dem Erkennungsdienst geführt. Die Bielefelder Studenten ließen sich jedoch dadurch nicht einschüchtern und empfingen den Reaktionär Biedenkopf mit Sprechchören, rhythmischem Klatschen und setzten auch den Angriffen der RCDS-Schläger Widerstand entgegen.

Ähnlich war es in Göttingen. Auch Vogel wurde mit einem Pfeifkonzert empfangen. Als er dann die Studenten unverschämt als „Narren ohne Geist" und „irregeleitete linke Spinner" beschimpfte, wurde er kurzerhand aus dem Saal geworfen. Er mußte sich mit seiner Bagage in ein Hotel am Göttinger Stadtrand zurückziehen.

Empört auf dieses entschlossene Handeln der Studenten reagierten nicht nur die CDU-Reaktionäre selbst. Auch die Revisionisten vom DKP-Studentenverband MSB stimmten in das Geschrei mit ein. In Bielefeld hatten sie die Stirn, unter der gleichen Parole wie Biedenkopf aufzutreten: Auch sie forderten von den Studenten den „demokratischen Dialog". Statt den Reaktionären entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen, sollen die Studenten nach dem Willen dieser Leute mit ihnen verhandeln und friedlich diskutieren. Und das unter den Knüppeln der Polizei und unter den Augen ganzer Horden von Spitzeln.

Aber gerade die letzten Monate haben gezeigt, daß viele Studenten nicht bereit sind, ein provokatorisches Auftreten von CDU- oder SPD-Hetzern hinzunehmen und daß sie bereit sind, den Polizei- und Spitzeleinsatz an den Universitäten zu bekämpfen.

Stammheim

Die Räuberpistole des Herrn Rebmann

Die Szene in der Tagesschau wirkte wie die Schlußszene in einem schlechten Tatort-Krimi. Der Kommissar liefert überlegen lächelnd das „Beweisstück", mit dem der „Täter" überführt wird. Ministerpräsident Filbinger hatte es schon von Anfang an gewußt, wer die Pistolen in das Stammheimer Gefängnis gebracht hat. Die Regierung hatte schon vorher öffentlich erklärt: Nur die können es sein. Die Presse hatte mit Fingern auf die Anwälte gezeigt. Und nun die „Überraschung" — der Generalbundesanwalt blättert eine Handakte vor, in deren Seiten er selbst ein Loch in der Form einer Pistole geschnitten hat. So, erklärt der Staatsschützer, müssen die Anwälte der politischen Gefangenen die Pistolen in das Gefängnis transportiert haben. Er wisse dies aus „sicherer Quelle".

Allerdings irren sich Regierung und Staatsschutz, wenn sie glauben, das „Publikum" würde ihnen dieses Schmierentheater abnehmen. Schon ein paar Tage später widersprachen die wachhabenden Polizisten den Aussagen des Herrn Rebmann völlig. Er hatte gesagt, die Handakten seien nicht kontrolliert worden, sie sagten, die Anwälte hätten sie aus der Hand gelegt und sie seien mit einer Sonde auf Waffen untersucht worden. Er hatte gesagt, die Anwälte seien nicht gründlich körperlich untersucht worden, sie sagten, gerade die Wahlverteidiger seien regelmäßig körperlich durchsucht und auch abgetastet worden.

Nein, mit dieser „Räuberpistole" will die Regierung das Massaker in Stammheim den politischen Gefangenen anlasten, will sie von ihrer Verantwortung ablenken, will sie nur die Hunderte von Fragen der kritischen Öffentlichkeit im In- und Ausland vom Tisch wischen. Sie schreckt dabei, das zeigt dieser Auftritt, vor keinem Mittel zurück, um die Anwälte der Gefangenen zu verfolgen und mundtot zu machen. Denn sie fürchtet die Anklagen dieser Augenzeugen des Terrors in den Gefängnissen. Die Erfahrungen mit Ruhland und Müller zeigen, daß der Staatsschutz sich keineswegs scheut, zusammen mit gekauften Spitzeln und präparierten Verrätern Lügengeschichten zu fabrizieren, die so haarsträubend sind, daß selbst bürgerliche Gerichte Schwierigkeiten haben, sie als Wahrheit zu verkaufen. Treten wir entschieden der Progromhetze und den Kriminalisierungsversuchen fortschrittlicher Anwälte entgegen! Freiheit für alle politischen Gefangenen!



Rebmann und sein selbstgefertigtes „Beweisstück" — von der bürgerlichen Presse begierig aufgegriffen...

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
G. Schneider
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30



Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Unterschrift: .... Datum: ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:

○ jährlich DM 30,00 ○ halbjährlich DM 15,00 ○ vierteljährlich DM 7,50

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Besuchen Sie die Parteibüros der KPD/ML!

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30, Sa 10.00-13.30 Uhr.

4800 **BIELEFELD**, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521 / 17 74 04. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo, Di, Do, Fr 16.00-18.30, Mi 17.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde) Buchladen „Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 9-12 u. 14-18, Sa 9-14 Uhr.

4100 **DUISBURG** 1 (Hochfeld), Buchladen „Roter Morgen", Paulusstr. 36, Tel.: 0203 / 6 47 96. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

4300 **ESSEN** (Altendorf), Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35, Tel.: 0201 / 62 42 99. Öffnungszeiten: Mi u. Do 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT**, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4 30 07 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo-Do 9-13 u. 15-18, Fr 9-13 u. 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

2400 **LÜBECK**, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi u. Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 **MÜNSTER**, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 WESTBERLIN 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.